

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag den 25. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Zuschlag: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7871. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Inserations-Gebühren

Beträgt für die sechsgepaltene Kolonette oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Unter Hinweis auf den Aufruf des Parteivorstandes vom 10. Oktober erinnern wir die Vertrauensleute, Agitationskomitees, Provinzial- und Landesvorstände, daß sämtliche in Umlauf befindlichen

#### Petitionslisten gegen den Brotwucher

noch im Laufe dieses Monats an die Adresse:

Buchdruckerei Max Bading,  
Berlin SW. 19, Beuthstr. 2.

einzusenden sind.

#### Schutz den Ausgebeuteten.

Zur Frage der Hausindustriellen Gesetzgebung.

Die Entwicklung der Großindustrie im Deutschen Reich ist nicht in voller Stärke erkennbar, weil man bei oberflächlicher Betrachtung die wirklichen und scheinbaren Kleinbetriebe einfach den großindustriellen Establishments gegenüberstellt. Man sieht in jeder Stadt, man erkennt aus jedem Adreßbuch, daß zahllose kleine anscheinend unabhängige gewerbliche Betriebe existieren, und diese stellt man den vergleichsweise wenigen Fabrikskloten gegenüber. Die Konzentration unserer Industrie ist aber bedeutend weiter vorgeschritten, als man dem Augenschein nach, ja auch den Zahlen unserer Verfassungsstatistik nach annehmen könnte. Wie viele „Handwerker“ sind nichts anderes als Händler mit Fabrikwaren, die bloß im Nebenberufe hier und da eine kleine Reparatur- oder Installationsarbeit vornehmen, wie viele von diesen sind dabei völlig abhängig von dem Großunternehmer, der ihnen durch Einrichtung des Geschäftes oder durch Warenkredite erst die scheinbare Selbstständigkeit geschaffen hat. Man denke dabei nur an die Gastwirte, die doch zu 90 Proz. nichts anderes sind, als Angestellte der großen Brauereibetriebe; wieviele nach Maß angemessene und unter dem Namen verkaufte Kleider und Schuhe heute in Fabriken oder in der Konfektion hergestellt werden, ahnen die meisten gar nicht. Ebensovienig ist es vielen bekannt, daß die meisten Tischler-, Schneider-, Schuhmachermeister usw. usw. nichts anderes sind, als Hausgewerbetreibende für große Magazine, Verleger-, Geschäfte, Exporteure und Fabriken. Hierzu kommt noch die in vielen Industrien in den letzten Jahren unheimlich überhandnehmende Nachfabrikationsarbeit. Diese wurde zu einem ingenieurischen Mittel, die Arbeiterschulung, Bestimmungen für Frauen und jugendliche Personen zu umgehen, wiewohl in die Kreise der Arbeiter zu bringen, ihre Widerstandskraft zu brechen, und damit auch die Leistungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen zu schwächen.

Erwägt man dies alles, dann erkennt man auch, daß der Großbetrieb neben seinen centralistischen Tendenzen auch starke decentralistische hat, da erinnert man sich an das so scharf geprägte und so treffende Wort von Karl Marx, daß die Hausindustrie die decentralisierte Fabrik sei. Bis zu einem gewissen Grade gilt dies auch für viele Betriebe, deren Inhaber sich „Handwerker“ nennen. Es ist ein offenes Geheimnis für jeden, der unsere Verfassungs- und Gewerbestatistik nicht bloß aus den Ergebnissen der Gewerbestatistik, sondern auch aus der Art kennt, wie man zu diesen Ergebnissen gekommen ist, daß die Zahl der Hausindustriellen im Deutschen Reich weit aus größer sein muß, als man dies aus der Gewerbestatistik zu erkennen vermag. Heute ist man sogar in der Lage, dies auf Grund amtlicher Zahlen nachweisen zu können. Bei der Verfassungszählung vom 14. Juni 1895 wurden 88 267 in der Industrie thätige Kinder gezählt; eine drei Jahre später vorgenommene Erhebung ergab 632 283 erwerbstätige Kinder unter 14 Jahren, davon waren in der Industrie thätig 306 823. Die weitaus überwiegende Zahl dieser Kinder war natürlich in der Hausindustrie beschäftigt. Die Tatsache, daß die Zahl der industriell beschäftigten Kinder im Jahre 1895 so außerordentlich abwich von der 1898 festgestellten Zahl, die übrigens aus einer Reihe hier nicht besonders anzuführender Gründe auch noch hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, beweist, daß Bedeutung und Umfang der Hausindustrie durch unsere letzte große Gewerbezählung nicht erfasst wurde. Es ist ja auch bekannt, daß 1895 die Angaben der Unternehmer und der Arbeiter über die Zahl der thätigen Hausindustriellen nicht übereinstimmten. Wenn wir aber auch die höchste damals gewonnene Zahl — 490 711 Hausindustriell beschäftigte Personen — betrachten, so bleibt sie gegenüber den mehr wie 800 000 industriell beschäftigten Kindern weit hinter der Wirklichkeit zurück. Denn darüber kann kein Zweifel herrschen, daß von den 1898 als industriell thätigen, unter 14 Jahre alten ermittelten Kindern bloß ein verschwindend geringer Bruchteil in der Fabrikindustrie, die weitaus überwiegende Mehrzahl in der Hausindustrie thätig ist.

Ist die Zahl der im Hauptberufe hausindustriell thätigen Personen von der letzten Gewerbestatistik nicht erfasst worden, so gibt dies in noch viel höherem Maße von der Hausindustrie als Nebenberuf. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen, die nach Feierabend Arbeit mit nach Hause genommen haben, nicht im entferntesten daran gedacht haben, daß sie verpflichtet gewesen wären, neben ihrem Hauptberuf als Fabrikarbeiter hausindustrielle Beschäftigung als Nebenberuf anzugeben.

Man erfährt hieraus schon, daß diese Thatsachen von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Beurteilung der Lage unserer Arbeiterklasse und für die Entwicklungstendenzen derselben sind. Es liegt uns völlig fern, von neuem in die Erörterung über Verelendungstheorie einzutreten, wir begnügen uns damit, festzustellen, daß sich in vielen Industrien die Lage der Arbeiter thätiglich verschlechtert durch das Ueberhandnehmen der Hausindustrie. Dies hat für den Unternehmer sehr viele Vorteile, weil er die Kosten für Fabrik-

gebäude, Heizung, Beleuchtung, Reinigung und Aufsicht erspart; für die Arbeiter ist die Decentralisierung schon um deswillen mit besonderen Nachteilen verknüpft, weil ihre durch das Zusammenarbeiten in einem großen Betriebe von selbst gegebene Organisation und die dadurch hervorgerufene Stärkung ihrer Widerstandskraft aufhört, weil sie als Einzelne dem Unternehmer gegenüberstehen, und weil dadurch für sie endlich die wenigen Vorteile der Arbeiterschutzesetzgebung illusorisch werden. Die Hausindustrie macht aus geschäftigten Fabrikarbeitern ungeschäftigte Feinarbeiter, aus gewerkschaftlich organisierten indifferenten und isolierten Proletariats, an Stelle der höchstens 11stündigen Arbeitszeit tritt der äußerste Raubbau mit der Arbeitskraft; in das industrielle Getriebe werden hineingezerrt schulpflichtige Kinder, ja noch jüngere. An Stelle der Fabrik, die gewissen Anforderungen der Hygiene entsprechen muß, tritt die Vereinigung von Arbeitsraum und Wohnraum, Schlafraum und Küche. An Stelle eines geregelten Betriebes, der sich schon aus der Notwendigkeit der Vergütung und Amortisation des in Fabrikgebäude, Werkzeug und Maschinen angelegten Kapitals mit Notwendigkeit ergibt, tritt die vollständige Ungeregeltheit: Zeiten unmenslicher Heberarbeit wechseln mit ebenso langen und oft noch längeren Perioden vollständigen Verdienstentganges. Es ist erst unlängst sowohl in diesem Blatte, als in einer Reihe von Versammlungen in ganz Deutschland für die Konfektionsindustrie hingewiesen worden auf die ungeheuren Gefahren dieser Forderung des Großbetriebes, die Hand in Hand geht mit immer mehr sich steigender Macht des Kapitalismus. Es wäre aber verfehlt, wollte man annehmen, daß diese so überaus traurigen Verhältnisse beschränkt sind auf die Kleider- und Wäschekonfektion und auf die verwandten Verufe. In einer ganzen Reihe anderer Industrien finden wir hausindustrielle Betriebe, zum Teil mit außerordentlich starken Auswüchsen, das dieses Betriebssystem immer mehr an Umfang gewinnt. Wir nennen da die Kleinen-Industrie, die Feilenhauerei, die Musikinstrumenten-Industrie, Hahlelei, Strickerlei, Birkerlei, die verschiedenen Arten der Weberei, Summi- und Haarflechterei, Spigenwerkfertigung, Folsamenen-Fabrikation, Sattlerei, die Verfertigung von Spielwaren aus Leder, Papier, Pappe, Papiermaché, Retall, Holz, die Tischlerei, die Verfertigung von Holzwaren anderer Art, Korbmacherei, Holzschmiederei und Dreherei, Strohflechterei und Strohhut-Fabrikation, Tabakfabrikation, Handschuhmacherei, Schuhmacherei usw.

Wer die Schilderungen über die Lage der deutschen Hausindustrie kennt, der wird selten auf einen Lichtblick stoßen, traurige Bilder reihen sich da in unendlicher Zahl aneinander. Aber bloß eine Gruppe aus diesen Schichten der am schwersten Leidenden hat sich in den letzten Jahren kräftig gerührt, hat öffentliche Meinung und Gesetzgebung gezwungen, sich ihrer anzunehmen: die Arbeiter der Konfektionsindustrie. Es wäre aber grundfalsch, anzunehmen, daß die Lage dieser Arbeiter, so traurig sie auch ist, so sehr ihnen Hilfe noththut, eine besonders unzulässige unter den verschiedenen Arbeitern im weiten Reich der Hausindustrie wäre; fast das Gegenteil möchten wir behaupten, daß gerade das noch als ein verhältnismäßig günstiges Moment erscheint, daß die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen sich rühren können, daß sie noch einen Sinn für den Widerstand, daß sie zum Teil noch die Kraft haben, ihr Elend zu fühlen, dagegen anzukämpfen. Unzweifelhaft giebt es aber Hunderttausende von hausindustriellen Arbeitern und Arbeiterinnen im Deutschen Reich, deren Lage die gleiche Verächtlichkeit verdient. Wir erinnern nur an die Textilindustrie, an die thüringischen und sächsischen Spielwaren-Industriellen, an die Kleinen-Industrie von Schmalkalden! Jeder Kenner wird uns da zustimmen, daß die Verhältnisse in diesen Industrien so traurig sind, daß ein Vergleich mit ihnen noch einen Schimmer von Licht auf die Lage der Konfektionsarbeiter wirft. Nur ein Beispiel aus einer amtlichen Erhebung sei hervorgehoben. Die Zählung der gewerblich beschäftigten Kinder im Jahre 1898 ergab, daß in Sachsen-Meinungen einzelne Kinder schon vom 4. Jahre ab gewerblich thätig sind. Die Kinder müssen dort arbeiten in

4	Schulgemeinden bis 9 Uhr abends
9	„ „ „ 10 „ „
13	„ „ „ 11 „ „
8	„ „ „ 12 „ „
8	„ „ „ 3 „ morgens
2	„ „ „ 3 „ „
1	„ „ „ 4 „ „
1	„ „ die ganze Nacht hindurch in der Zeit gegen Weihnachten.

Unter den vielen Versprechungen in socialpolitischer Hinsicht, die seit den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 noch nicht erfüllt sind, gehört auch die mehrfach gemachte Ankündigung eines Gesetzes zum Schutze der gewerblich thätigen Kinder, deren Verhältnisse durch die Gewerbe-Ordnung noch nicht geregelt sind. Wir bezweifeln, daß man bei dieser Aufgabe mit der gleichen Energie vorzugehen belieben wird, wie bei der Vorbereitung der Jugendhausvorlage. Wir sind aber der Meinung, daß, will man große Gefahren der Degenerierung unserer Arbeiterbevölkerung nicht so stark steigern, daß eine Besserung über die Kräfte der Gesetzgebung geht, dann müßte mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit vorgegangen werden. Wir erinnern daran, daß die Socialdemokratie der Wichtigkeit dieser Aufgabe stets bewußt war, sie hat mit Energie bei der Beratung des Arbeiterschutzes-Gesetzes von 1890/91 den Standpunkt vertreten, daß alle Kinder mindestens auf den gleichen Schutz Anspruch haben, den die Gewerbe-Ordnung in Bezug auf Beschäftigung in den Fabriken auspricht.

Die Frage des Schutzes der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen, sowie der angekündigte Gesegentwurf über den Schutz der Kinder sollte Gelegenheit bieten, die große Frage der hausindustriellen Gesetzgebung aufzurollen. So viele und so dringliche Aufgaben es auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes giebt, Jahren,

so notwendig ein stärkerer Schutz der Frauen und Mädchen, die Einführung des Normalarbeitstages etc. ist, so wenig wir eine dieser Fragen in den Hintergrund gedrängt sehen wollen, so wichtig ist es, immer wieder die bürgerliche Gesellschaft aufmerksam zu machen auf das himmelschreiende Elend in der Hausindustrie, auf die Lässigkeit der Regierungen diesen sozialen Uebelständen gegenüber. Nicht einmal Versuche zu bessern sind gemacht worden, während andere Staaten nicht bloß für die Konfektionsindustrie, sondern für die Hausindustrie überhaupt eine Reihe einschneidender Gesetze gegeben haben, deren erfreuliche Wirkungen nicht nur den Hausindustriellen, sondern der ganzen Gesellschaft zu gute gekommen sind.

Zustände wie sie in den deutschen Hausindustrien herrschen, sind ein Schandfleck unserer Wirtschaftsordnung. Alles zu thun, um Besserung herbeizuführen, ist unsere Pflicht! Zeigt man sich verständnislos unseren Anregungen gegenüber, dann haben wir immer und immer wieder diesen leider unerschöpflichen Stoff für unsere Agitation auszunutzen; wir werden da unsere Gegner immer sprach- und wehrlos finden.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Oktober.

##### Neue Verfassungswidrigkeiten?

Mit der Indemnitätserteilung für den Grafen Bilkow im vorigen Winter ist die Periode der Verfassungswidrigkeiten, die mit der China-Expedition anhub, nicht beendet worden. Vielmehr ist die Aufstellung der ostasiatischen Besatzungsbrigade nach Beendigung des Chinafeldzuges ohne die gesetzlich erforderliche Zustimmung des Parlaments vorgenommen worden, also ebenfalls gesetz- und verfassungswidrig. Eine Fortsetzung dieser Verfassungswidrigkeiten würde vorliegen, wenn folgende Mitteilungen einer Berliner Korrespondenz sich bestätigen. Die Korrespondenz meldet:

Bei der diesjährigen Rekrutenbeurteilung wurde auch auf die China-Expedition Bedacht genommen. Es sind nämlich bedeutend mehr Rekruten eingezogen worden, als der gesetzliche Etat es vorschreibt. Das Reich findet schließlich dazu Verwendung, die durch die Expedition an Mannschaft geschwächten Truppenteile wieder vollständig zu machen. Das geschieht durch Austausch innerhalb der Brigaden. Die am Schluß dieses Austausch noch übrig bleibenden Rekruten werden als „überzählig“ wieder in die Heimat entlassen, müssen sich aber bereit halten, um im Laufe der nächsten Wochen für die nachträglich als „dienstunbrauchbar“ zur Entlassung kommenden Rekruten als Ersatz eingezogen zu werden. Bedingt wurde die Mehrereinzugung von Rekruten auch ferner dadurch, daß ein größerer Teil der ausgedienten Mannschaft zur Besetzung der freien Stellen im Unteroffizierscorps, welches an und für sich schon sehr geschwächt ist und durch die Expedition nach China noch mehr Einbuße erlitten hat, kapituliert. Dem Handgeld für die Kapitulanten, 100 M., fügt die Kommandos aus eignen Mitteln noch einen fast ebenso hohen Zuschuß bei. Dadurch gelang es, eine ganze Anzahl Unteroffizier-Anwärter mehr zu erhalten, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Außer der oben gekennzeichneten Verfassungswidrigkeit deckt diese Mitteilung die interessanten Thatsache auf, daß der Patriotismus und die Liebe zum Soldatenstande im wachsenden Maße hingender Nothhilfe bedarf, damit die betreffenden Unteroffizierstellen besetzt werden können!

##### Regierung, Parlament und Bergarbeiter.

Paris, 23. Oktober.

Die Deputiertenkammer hat die hochmüthig ausweichende Antwort des Ministerpräsidenten gegenüber den Forderungen der Bergarbeiter zu der ihrigen gemacht. Regierung und Kammer benahmen sich in diesem Fall wie Unternehmer, die eine propädeutische Ablehnung von Arbeiterforderungen in wohlwollende Redensarten zu hülsen suchen.

Die Bergarbeiter hatten allen Grund, ihre Forderungen an die Regierung und das Parlament in der Form eines Ultimatum zu stellen — gerade so, wie wenn die Arbeiter sonst ihre Forderungen an die Unternehmer stellen unter Androhung eines Streiks, nachdem die Versuche einer friedlichen Durchsetzung der Forderungen gescheitert sind. Die Reformforderungen der Bergarbeiter sind nämlich nicht nur alten Datums, sie wurden auch bereits an das Kabinett Waldeck-Rousseau gestellt und von diesem im wesentlichen als durchführbar angesehen. Vor 15 Monaten hatte Millerand auf einem Bankett den Bergarbeitern von Wal-de-Galais die nahe Erfüllung ihrer Forderungen versprochen; im März 1901 hatte Waldeck-Rousseau selbst in der Kammer namentlich das Wskundengesetz für die Bergarbeiter in klaren Worten in Aussicht gestellt. Und dann, als die Arbeiter es genug hatten, auf die Erfüllung der Regierungsversprechungen zu warten, traten sie nicht etwa sofort in den Streik, sondern sie beschloßen nur (im Frühjahr) auf dem Kongreß von Lens die eventuelle Erklärung des Generalstreiks am 1. November. Die Regierung hatte aber Zeit genug, ihre eignen Versprechungen zu erfüllen. Anstatt dessen hat sie die letzten sechs Monate nicht einmal dazu benutzt, um den Arbeitern mindestens ihren guten Willen zu zeigen, d. h. um mindestens einen Gesegentwurf einzubringen. Sie begnügte sich damit, eine außerparlamentarische Kommission einzusetzen, die nebst einer Minderheit von Bergarbeiter-Vertretern eine Mehrheit von Bergwerksdirektoren und Beamten enthielt. Selbstverständlich faulente diese Kommission aus Princip; nach ein paar Sitzungen vertagte sie sich am 30. August bis zum 16. Oktober! Nur in einem Punkt hat der drohende Generalstreik die Energie der Regierung angestimmt — den ganzen letzten Monat hindurch bereitete sie eine umfassende militärische Einschüchterung der Aufständigen vor.

Dieser Sachlage gegenüber mußten endlich auch die ministerfremdlichsten Elemente unter den französischen Socialisten der Regierung ins Gewissen reden. In der Presse that dies Faure, in der Eröffnungsrede der Kammer trat noch scharfer gegen die Regierung der socialistische Abgeordnete Vidiani auf. Letzterer, ein persönlicher Freund von Millerand (wiewohl in früheren Jahren), erinnerte den Handelsminister an seine besondere Verant-



wortlichkeit in der Generalstreik-Frage. Es half natürlich nichts. Millerand schwieg und stimmte mit der Mehrheit gegen die sofortige Beratung des Antrages Wasly betr. das gesetzliche Lohnminimum. — eines Antrages, der eigentlich nur die Tarifabmachungen zwischen Unternehmern und Bergarbeitern gesetzlich regeln und ihnen gesetzliche Kraft verleihen will.

Die Zusammenlegung der Mehrheit, die mit Walde-Roussieu und Willeraud den Bergarbeitern eine provisorische Antwort gab, ist für die Regierung äußerst beschämend. Die Kerntruppen der kapitalistischen Reaktion, Meline und Konforten, haben diesmal das Kabinett gerettet — natürlich deshalb, weil sie demselben die Gefahren eines eventuellen Generalstreiks von Herzen gönnten. Nur die äußerste Rechte hat auch diesmal gegen die Regierung gestimmt. Sonst setzt sich die oppositionelle Minderheit zusammen aus sämtlichen Sozialisten und den Linksradikalen.

In der gleichen Eröffnungsitzung leistete sich noch die Regierung eine weitere Ordnungsgilt. Sie ließ die Dringlichkeitserklärung des sozialistischen Antrages auf Abschaffung der Ausnahme-gesetze von 1893 und 1894 ablehnen.

Ja, die Herbstsession läuft so an, wie dies der tabulaste Vortrags-gänger der Melinischen Reaktion nicht anders wünschen konnte. Vielleicht stellt sie aber dafür die Einigkeit der Sozialisten wenigstens im parlamentarischen Handeln wieder her.

Aus Paris meldet vom Donnerstag das Telegraphen-Bureau „Gerold“, es gehe das Gerücht, Millerand beabsichtige aus dem Ministerium auszuscheiden.

Nach der Beharrlichkeit, mit der Millerand bisher an seinem Posten festhielt, darf man dem Gerücht nicht eher trauen, ehe seine Richtigkeit bestätigt ist.

### Berlin wartet.

Die sensationelle Nachricht einer Korrespondenz über den bevorstehenden Notau der Stadtverordneten-Majorsität bei der Abstimmung über die vom Ausschuss vorgeschlagene Resolution in der Kaufmann-Affaire hat sich nicht erfüllt; der Kommunalparlament ist standhaft geblieben, indem er sich auf den „Rechtsstandpunkt“ stellte, statt wie in der Märchenbrunnen-Angelegenheit gerade aus dem guten Recht der Kommune die Verpflichtung zur Rücksichtbarkeit herzuleiten. Wer in der heutigen Sitzung hörte, wie von dem Vertreter der Alten Linken nicht minder wie von den Sprechern der Neuen Linken die Pflicht, die gebieterische, unweigerliche Pflicht betont wurde, sich unter allen Umständen auf dem Boden des Rechts zu stellen und dem Rechte zum Siege zu verhelfen, dem mußte es doppelt unbegreiflich sein, wie man in der Märchenbrunnenfrage das gute, sonnenklare Recht so leichtfertig hatte höfischen Opportunitäts-rücksichten opfern können. Freilich, in der Märchenbrunnenfrage gab man ein Recht zu Gunsten der Krone preis, während man in der Bürgermeisterfrage nicht nur das Recht der Stadtverordneten zu wahren hatte, einen nicht beständigen Kandidaten zum zweitenmal zu wählen, sondern auch das Recht der Krone, dem also Präsentierten gegenüber von dem Bestätigungsrecht Gebrauch zu machen. Denn wenn man sich der von dem bekannten Herrn Komon im „Tag“ entwickelten Interpretation des § 33 der Städte-Ordnung anschließen wollte, wonach die Wiederwahl eines Nichtbestätigten ungesetzlich sei, so wäre damit auch der Krone das früher geübte Recht genommen, in einem solchen Fall das Bestätigungsrecht im positiven oder negativen Sinne auszuüben. Wie Herr Cassel aber im Laufe der Diskussion erwähnte, hat die Krone in solchen Fällen wiederholt von diesem Recht Gebrauch gemacht, so in Tilsit, wo dem verstorbenen Brintmann zum zweiten Male die Bestätigung verweigert wurde, so in Posen, wo das gleiche Geschick dem zum Oberbürgermeister gewählten Herze widerfuhr. Ebenso gut hätte die Krone die Wahl zum zweiten Male bestätigt können, womit sie, nach Herrn Komon, sich zum Mitschuldigen eines gesetzwidrigen Aktes gemacht hätte!

So anerkennt man es also dem Kommunalparlament war, diesmal den Rechtsstandpunkt zu wahren, so gehörte dazu gerade kein besonderer Heroismus. Im Gegenteil, es hätte schon Heroismus dazu gehört, sich auch diesmal einem schier unmöglichen Notau zu unterwerfen.

Der Berichterstatter des Ausschusses, Stadtverordneter Preuß, konnte erklären, daß sich im Ausschuss nicht ein einziges Mitglied der Rechtsauffassung des Stadtverordneten-Minorsien zugesellt habe. Man sei sich völlig einig darin gewesen, daß für die abernahms erfolgte Wahl Kaufmanns die Entscheidung der Krone erforderlich sei; so lange sie nicht gefallen sei, halte man sich an die Wahl gebunden. Das alleinige Recht der Krone, eine Wahl zu verwerfen, könne unmöglich auf andre Instanzen übergehen. Nur dagegen, daß man den Magistrat ersuche, beim Minister Beschwerde zu führen, sei eine Minorität gewesen. Gegen die Ansicht dieser Minorität, daß man keine Veranlassung habe, dem Magistrat einen Rat in dieser Beziehung zu erteilen, wendete sich später besonders lebhaft Herr Cassel. Man dürfe sich nicht mit einer Demonstration begnügen, sondern habe die Pflicht, dem Rechte zur Geltung zu verhelfen. Und ferner, wenn die Angelegenheit im Landtag zur Sprache gebracht werde, habe der Minister nicht die Ausrede, daß ihm keine Gelegenheit zur Prüfung der Sache gegeben worden sei.

Unser Genosse Stadthagen, der die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion vertrat, erklärte sich gegen das Ersuchen an den Magistrat. Was der Minister und das Staatsministerium in seiner Gesamtheit sage, sei absolut gleichgültig, ihm stehe keine Entscheidung darüber zu, wie ein Gesetz auszuliegen sei. Man solle es ruhig dem Magistrat überlassen, wie er den Weg vom Rathaus zum Schloß finde. Man möge doch dem Oberpräsidenten kein Loch öffnen für die Sadgasse, in die er sich verrennt habe. Berlin könne warten und werde warten.

Die Mehrheit des Kollegiums war indessen der Ansicht, daß es inhuman sei, den Oberpräsidenten in seiner Sadgasse herumtappen zu lassen. Sie nahm auch den zweiten Teil der Resolution an, in dem an den Magistrat das betreffende Ansuchen gerichtet wird. Gegen diesen Passus stimmten nur die Sozialdemokraten und ein Teil von der Reuen Linken. Der erste Teil der Resolution war nahezu einstimmig gegen etliche Stimmen der Fraktion Minorsien angenommen worden.

So triumphierte denn diesmal allen hochstehenden Prophezeiungen zum Trost der Rechtsstandpunkt über den Notau. Möchte der Berliner Kommunalparlament stets ein so fanatischer Verfechter des Rechts sein!

## Deutsches Reich.

### „Das hohle Wort des Herrschers.“

Am Schluß von Goethes Egmont tritt der gefangene Freiheitskämpfer den spanischen Soldaten entgegen, die ihn aus dem Gefängnis holen. Er ruft den Söldnern des Tyrannen zu:

„Schleht Eure Reichen, Ihr Schwert mich nicht. Ich bin gewohnt, vor Speeren gegen Speere zu stehen, und rings umgeben von dem drohenden Tod das mutige Leben nur doppelt reich zu fühlen. (Zurückwehrend.) Dich schlägt der Feind von allen Seiten ein! Im Rücken habt Ihr Eltern, Weiber, Kinder! (Auf die Wache zeigend.) Und diese treibt ein hohles Wort des Herrschers, nicht Ihr Gemüt. Schützt Eure Güter! Und Euer Liebste zu erretten stellt freudig, wie ich Euch ein Beispiel gebe!“

Ein Leser der „Vossischen Zeitung“ macht das Blatt darauf aufmerksam, daß die Worte „Und diese treibt ein hohles Wort

des Herrschers, nicht Ihr Gemüt“ im königlichen Schauspiel-hause (bei Stoll) nicht gesprochen werden. Die „Vossische Zeitung“ hat sich dieserhalb erkundigt und ermittelt, daß der fragliche Passus in den Souffleurbüchern des Schauspiel-hauses geschrieben ist und nicht gesprochen wird, außer, wenn die Worte Herrn Markowsky gerade in den Mund kommen, was aber sehr selten der Fall ist.

Bermühtlich wird in diesen seltenen Fällen dann Herr Markowsky wegen Beleidigung Sr. Majestät des Königs Philipp II. von Spanien mit einer erklecklichen Ordnungsstrafe belegt. Und das von Rechts wegen! Das freisinnige Organ ist sehr erbost über die Verunstaltung eines Goetheschen Meisterwerkes. Aber es verkennt durchaus den Geist unserer Zeit. Es ist in der That eine ganz schmachvolle Verleumdung des Gottesgnadentums, daß man einem seiner Vertreter insinuiert, er sei fähig, hohle Worte zu sprechen. Kein Monarch spricht jemals hohle Worte. Das verbietet nicht nur die göttliche Vergnügung und das monarchische Gefühl des Volkes, sondern auch das Strafrechtbuch. Lebten wir in Oestreich, so würde Herr Markowsky, wenn ihm der schandvolle Tag zwischen der Pöppe geriet, einfach ins Gefängnis gesperrt; denn da Philipp II. ein Vorfahr des jetzt regierenden Kaisers ist und durch das östreichische Strafrecht alle Mitglieder des Herrscherhauses durch die Majestätsbeleidigungs-Paragrafen geschützt werden, so giebt es auch eine strafbare Beleidigung Philipp II.

Es ist aber nicht nur eine Lästerung des Gottesgnadentums, also des monarchischen Princips in dem gestrichenen Satz Egmonts enthalten, sondern er bedeutet die verwegenste Aufreizung gegen den Geist des Militarismus, die denkbar ist. Er vernichtet das Lebens-princip der militärischen Disziplin, indem die Soldaten als Personen geschmäht werden, die durch hohle Monarchenworte zu ihrem Thun gezwungen werden, zu dem sie ihr eigenes Herz nimmermehr treiben würde. Wie, diese Patrioten, die des Königs Rod tragen, haben die hohe Mission, mit ihren Banonetten den Thron gegen die unbotmäßigen Niedersländer zu schützen und den Hochverräter Egmont zu strafen — und da wagt es Goethe von ihnen als von verächtlichen Leuten zu sprechen, die sich willenlos den hohlen Monarchenworten unterwerfen! Das ist nicht nur eine Verächtlichmachung des Grundgedankens der Armeedisziplin, die eben auf dem Widerstand gegen das eigene Gemüt beruht, das ist eine Aufreizung zum Hochverrat in seiner ruchlosesten Form! Daß Philipp II. zufällig schon tot ist, thut gar nichts zur Sache. Monarchismus bleibt Monarchismus, und Militarismus bleibt Militarismus, und wer die Fundamente dieser Einrichtungen, die schuldige Ehrfurcht und die Disziplin durch ein freches Wort anstößt, den trifft nicht nur Philipp II. von Spanien, sondern die noch heute in Kraft befindlichen Institutionen.

Wir verstehen schlechterdings nicht die dreiste Opposition der „Vossin“. Das freisinnige Blatt verherrlicht geradezu die Propaganda der That, und es ist eine unerhörte Zumutung, wenn sie verlangt, daß dieselbe Trübsal in einem königlichen Theater gesprochen werden. Vielleicht informiert sich das plügielche Barrakadenblatt einmal bei seinen Berliner Stadtfreisinnigen über die Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, die anzutasten man auch einem Goethe nicht verfallen darf. Dann wird es zur Bestimmung kommen und die Konstellation des Goetheschen Schundromas verlangen, damit es nicht weiter die Jugend vergifte; denn für Worte von Ewigkeitsgehalt giebt es keine historische Verjährung.

### Georg von Siemens.

Der Abgeordnete von Siemens, im Reichstage Vertreter für den Wahlkreis Saxein-Bitterberg, ist am Morgen gestorben. Er galt als ein wirtschaftspolitischer Vertrauensmann des Kaisers und repräsentierte die Hoffnungen jener Kreise, die thöricht genug sind, den Zusammenbruch der Hochfinanzpolizei und des agrarischen Einkusses aus einer Entschlebung des Kaisers zu erwarten, anstatt aus der ökonomischen Entwicklung selbst und aus den mit ihr zusammenhängenden politischen Strömungen im Volke.

Die Beziehungen des Verstorbenen zum Hofe waren durch die Teilnahme der Deutschen Bank an preussischen Anleihen und durch die großen überseeischen Unternehmungen dieser Bank eingeleitet. Georg von Siemens hat als Direktor der Deutschen Bank, — diese in der That hervorragende Stellung hatte er von 1870 bis zum letzten Frühjahr inne gehabt — einen Einfluß auf die Volkswirtschaft ausgeübt, der den politischen Einfluß eines Ministers von heute weit auswiegt. Daß er dabei mit jener nur auf die Zweckmäßigkeit gerichtet, in Staats- wie in Finanzgeschäften üblicher Weise verfuhr, ist selbstverständlich. Die Geschäfte der von Siemens geleiteten Großbank, die mit 700—800 Millionen Mark arbeitet, spielt in der industriellen Entwicklung Deutschlands eine so wichtige Rolle, daß man den nun Verstorbenen zu den ökonomischen Regenten des Landes rechnete und ihm in dieser finanziellen Aristokratie die erste Rolle zu erkennen mußte. Seiner größeren Vollkommenheit während des Aufschwungs ist es zuzuschreiben, daß die Deutsche Bank von der Krise weniger berührt worden ist, als andre Großbanken und sich sogar auf Kosten des letzteren neuerdings ausdehnt. Allerdings erregt diese Expansion auch einige Bedenken und es ist mindestens zweifelhaft, ob sie ganz im Sinne des früheren Direktors v. Siemens war.

Unter den neueren überseeischen Unternehmungen der Deutschen Bank ragen die Bahnbauten und Projekte in Kleinasien hervor, von denen man allerdings etwas früh geklärt hat. Es hat den Anschein, daß es mit der großen Vagabundbahn noch hart hapert.

In dem frei werdenden Reichstags-Wahlkreise wollen die Agrarier starke Anstrengungen machen. Bei der letzten Wahl wurden von 21 531 Wahlberechtigten 14 663 Stimmen abgegeben, davon 7231 für den konservativen, 5004 für den freisinnigen und 1738 für den sozialdemokratischen Kandidaten. In der Stichwahl siegte v. Siemens mit 8718 Stimmen gegen den Agrarier, der 7829 Stimmen erhielt.

Der Zolltarif ist in erster Lesung seitens der Ausschüsse des Bundesrates durchberaten worden. Erhebliche Abänderungen der einzelnen Positionen des Entwurfs sind nicht vorgenommen worden.

Das Reichsobersteil. Aus Baden wird vom 29. Oktober geschrieben: Die amtlich bediente Süddeutsche Reichs-korrespondenz“ bestätigt heute die von mir erwähnten Wärrer-meldungen, denen zufolge mit Rücksicht auf die sich unerwartungsgünstig gestaltenden Reichsfinanzen und die dadurch notwendig gewordenen erhebliche Erhöhung der ursprünglich festgesetzten Matrularbeiträge eine nachträgliche Revision des babilischen Budgetentwurfs erforderlich geworden sei. Das Ergebnis derselben sei ein starker Fehlbetrag, wesentlicher infolge des trotz Herabminderung der Ausgabe-Etats der Reichs-refforts zu erwartenden Defizits im Reichshaushalte. Nicht nur aus wirtschaftlichen und finanziellen, sondern insbesondere aus politischen Gründen werde nach Abschluß der Zolltarifreform die Reform der Reichsfinanzen zu lösen sein.

Minister Woffe und „Wilhelm der Große“. Die „Vossische Zeitung“ bringt folgende Mitteilung über den verstorbenen Minister v. Woffe:

Die preussischen Volksschul-Verträte, private Lehrwitwen-lösen, haben zur Hundertjahrfeier des preussischen Königtums eine Volks- und Jugendschrift herausgegeben, zu der Woffe ein Vor- und Geleitwort schrieb. Dieses Schriftstück war zufällig am 22. März verfaßt worden, und man suchte Woffes Erlaubnis nach, diesen Tag darunter als des alten

Kaisers Geburtstag bezeichnen zu dürfen. Nun aber plante man weiter, dem jetzigen Kaiser die Huldigung zu widmen. Es ist nun interessant, wie Dr. Woffe sich zu der ihm vor-gebrachten Bitte äußerte. „Ich bin sehr damit einverstanden“ — so seine damaligen Worte — „daß mein Geleitwort vom 22. März, dem Geburtstage unfreßlichen alten Kaisers, baldert wird. Wenn Sie das Buch aber Sr. Majestät überreichen wollen, so muß nach meiner Kenntnis unfreßlichen aller-gnädigsten Herrn in irgend einer Weise Wilhelm der Große“ hinein; also z. B. am 22. März 1800, dem Geburtstags-tage unfreßlichen alten Kaisers Wilhelms des Großen“. So hoch ich nun auch unsern geliebten alten Herrn halte und ihn ehren möchte — ich kann kaum ausdrücken, wie hoch — so überschleicht mich doch leicht ein Gefühl des Gemachten, wenn bei solchen Gelegenheiten gerade der Beiname „der Große“ so demonstrativ gebraucht wird.“

Der Sonnenprozeß gegen die Redacteure des Stuttgarter „Vorbachter“ ist von neuem vertagt worden, und zwar auf den 1. November. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob nicht abermalige Vertagung erforderlich ist, da die Angeklagten neuerdings noch die Vernehmung des Grafen Waldsee beantragt haben, die sich, da der Ex-Vestfaldmarschall krank ist, nicht so schnell wird durch-führen lassen.

Heinrich XII. Aus Greiz wird berichtet: Konfisciert wurden in einigen Restaurationen Bilddräcker, die sich mit den Vorgängen im Schloß befaßten. Am deutlichsten geht wohl der „Madderabatsch“ vor, dessen letzte Seite der neuesten Nummer mit einem Vollbild versehen ist, in welchem in drastischer, satirischer Weise die behauptete Angelegenheit behandelt wird. Trozdem derselbe in keinem Lokal öffentlich zu sehen ist, so circuliert er im Geheimen um so mehr und wird eifrigst gelesen.

Die Ausweisungen in Nord-Schleswig. Durch allerlei unwarere Behauptungen versuchen konservative und liberale Blätter das Vorgehen gegen die Hochzeitsäfte von Kjöhönböved zu ver-teidigen. Es wird von allerlei hochverräterischen Reden und Ge-sängen bei der Hochzeitsfeier geredet. Hierzu wird uns aus Kiel berichtet:

Es steht nunmehr fest, daß es sich um eine rein private Festlich-keit gehandelt hat, die schon deshalb keine verbotene politische De-monstration, wie auch die „liberale“ „Neuer Zeitung“ behauptet, ge-wesen sein kann, weil unterchiedslos Deutsche wie Dänen und sogar preussische Beamte eingeladen waren. Die hochverräterische Hoch-zeitsrede des Hofbesizers Strumdtager hat nicht den Wunsch nach einer halbtägigen Wiedervereinigung von Schleswig und Dänemark zum Ausdruck gebracht, sondern sie ermahnte die Reuervandlsten, nicht nur sich selber gegenfeitig, sondern auch Land und Volk Treue zu halten. Unter den vielen Liedern, die gesungen wurden, waren auch zwei sogenannte Vaterlandslieder. Diese Lieder sind, wie „Heimdal“ (Schreibt, unzähligmal in Nordschleswig gesungen worden, auch in Gegenwart der Polizei, ohne daß diese dagegen Einspruch erhoben hätte. Erst seit ein paar Jahren, als die Köder-politik einlegte, wurden sie durch eine gerichtsliche Entscheidung als „aufreizend“ bezeichnet. Und dieser einzige gesetzlich vielmehr polizei-widrige Akt, auf den eine Geldstrafe von 3—120 M. gesetzt ist, wird mit der Ausweisung von 11 Personen geahndet, von denen neun an der Hochzeit überhaupt nicht teilgenommen haben!

Stuttgart, 28. Oktober. (Fig. Ver.) Die Steuer-kommission des württembergischen Landtags wird am 29. d. M. zusammentreten, um die eingebrachten Steuerentwürfe für das Plenum vorzubereiten, das voraussichtlich erst im Februar nächsten Jahres zusammentreten soll. — Die Sammlung von Unter-schriften gegen den Polltarif wird im ganzen Lande be-trieben, besonders zahlreich sind sie in den ländlichen Gegenden, wo viele Kleinbauern unterzeichnen. — Das Gesamtkollegium der Centralstelle für Handel und Gewerbe fordert einen Minimalzoll von 6 M. für Weizen und Roggen, der Erstzoll soll von 2 auf 5 M., der Maiszoll von 1 auf 2 M. erhöht werden. Nach den amtlichen Einfuhrzahlen wären von Württemberg an Zoll mehr zu zahlen: für Weizen und Roggen 3 198 455 M., für Gerste 1 265 457 M. und für Mais 1 278 077 M. Diese Summen, die vom konsumierenden Volk aufgebracht werden müssen, ohne daß ein Pfennig davon der Landwirtschaft zu gute kommt, lassen den Schaden der Zollpolitik deutlich erkennen. — Vier landwirtschaftliche Vereine Oberschwabens fordern die Erhöhung des Hopfenzolls von 40 auf 60 M.

## Ausland.

### Der Skandal in Neapel.

Aus Rom wird uns vom 21. Okt. geschrieben: In der ersten Hälfte des November werden in Neapel die allgemeinen administra-tiven Wahlen stattfinden und zwar, nachdem dort lange Zeit ein königlicher Kommissar gewaltet hatte, der den ganzen Schmutz, der in jener Verwaltung gährte, ans Tageslicht gezogen hatte, einen Ansat, auf den zum erstenmale vor vielen Monaten von den Sozialisten das Augenmerk gelenkt worden war. Troz alledem ist die Korruption so tiefgehend und so weitgreifend, daß recht wenig Hoffnung vorhanden ist, daß diese Wahlen ihr ein Ziel setzen mögen.

Inzwischen hat die Enquete ergeben, daß die Totalhöhe des Defizits des Municipiums von Neapel sich auf circa 15 Millionen beläuft.

Wie bisher die dritte Stadt Italiens verwaltet worden ist, kann man leicht aus einer seiner Jahresbilanzen entnehmen, z. B. der des Jahres 1890.

In ihr belaufen sich die Eingänge auf 20 732 000 Lire, wovon 65 Proz. aus den indirekten Steuern stammen, d. h. dem Octroi, welcher auf den Schultern hauptsächlich der Armen lastet, und 24,5 Proz. aus den direkten Auflagen.

Die Ausgaben betragen 2 372 000 Lire, 53 Proz. davon entfielen auf die Patrimoniallasten (Municipalschuld, Regierungssteuern etc.), 9 Proz. auf die Verwaltungskosten, 0,5 Proz. auf den Kultus, 5 Proz. auf die verschiedenen Dienstgewerke und nur 32,5 Proz. d. h. weniger als ein Drittel kommen eigentlich der Stadt zu gute. In der That sind die Ausgaben Neapels geringer als die von Mailand, Turin, Rom in allen den Zweigen des Budgets, welche für die Interessen der Bürgerchaft in Frage kommen, ob-gleich Neapel eine größere Bevölkerungsziffer hat als jene Städte. Unter den Ausgaben befinden sich einige Posten, die nur im Wahlinteresse gemacht sind, z. B. 80 000 Lire für das Theater St. Carlo, 45 000 Lire an jährlichen Zuteilungen und Gratifikationen an das Heer der Kommunalbeamten, 8000 Lire für den Kultus.

Dieses als Kriterium für die Verwaltung der liberalen Ad-ministration; was nun die Moral anbetrifft, so hat die Enquete er-gaben, daß niemals kommunale Arbeiten vergeben oder öffentliche Verträge konzessioniert worden sind, ohne daß beträchtliche Summen in die Taschen der Stadtväter geflossen wären. Die Register der Gas-gesellschaft und der Gesellschaft für Illumination und elektrische Tele-gramme wurden von einem Experten geprüft und das Resultat war, daß jedesmal, wenn die Konvention für Beleuchtung entweder in der Stadt-verordneten-Versammlung oder im Magistrat verhandelt wurde, oder jedesmal, wenn in den beiden Körperchaften eine Opposition gegen jene Konvention sich erhob, der Direktor der Gascompagnie, Kraft, aus der Gesellschaftsliste Summen erhob, über die er keine Rechenschaft ablegte und welche er dem Ex-Deputierten Colale und dem Ex-Bürgermeister Summonte übergab, welche letztere dieselben wiederum den Stadträten anshändigten. In folge dieser Entschlüsse ergingen nicht weniger als 25 Verordnungen, die sich leicht in Verabfassung verwandeln können und zwar wurden dieselben gegen die zwei Oberbeamten und gegen andre Stadträte erlassen. Gegen diese Personen wird die sozialistische Partei die Volkswahl aufzusuchen. Man kann nämlich behaupten, daß es in Neapel keine Organisation gäbe, die nicht auch korruptiert wäre. Im Corps der städtischen Polizisten wurde eine wahrhafte Agentur



von Stellenkauf und Verkauf entbeht. Ein höherer Offizier dieser Elitenmannschaften soll 800 Lire gezahlt haben, um in das Corps aufgenommen zu werden. Bei Gelegenheit der Bestrafung konnte man feststellen, daß keine der Seebefehrer, welche mit der Untersuchung der Schiffe in jantier Beziehung beauftragt waren, ihre Pflicht that, und daß häufig auf mächtigen und geheimen Einfluß hin Schiffe die Einfahrt freigegeben wurde, welche infizierte Plätze berührt hatten!

Selbst die Presse nahm kräftig an diesen illoyalen Missethaten teil, der Chefredacteur eines neapolitanischen Blattes erhielt von der Casogesellschaft 40 000 Lire, was den erbitterten Widerstand der neapolitanischen Presse gegen die Regierung, gegen die Enquete und gegen den königlichen Kommissar Senator Saredo erklärt, gegen den sie falsche Anklagen richtete, um die Resultate seines Vorfalles zu erschüttern.

So endet das Ansehen der neapolitanischen liberalen Partei, es endet vor dem Richterstuhl gerade wie ihr Hauptling Aniello Casale. Wer wird die Nachfolge antreten?

Es wäre ein leerer Wahn, zu glauben, daß Parteien oder Männer folgen könnten, die absolut frei wären von den Methoden der verflochtenen Verwaltungen und des camorristischen Systems. Wie wäre es möglich, daß der Parasitismus der Spitzbuben sich nicht einmiste in einer Stadt, wo jeden Morgen 100 000 Personen nicht wissen, wo sie das Nächstste zur Fristung ihres Lebens hernehmen sollen, und die zu allem fähig und bereit sind, um es sich zu verschaffen? Sie müssen notwendigerweise Opfer oder Werkzeug der größten Taugenichtse, der größten Camorristen werden.

So wird denn eine andre Partei hochkommen, die zwar seinen andern Namen trägt, sich aber in der That wenig von der gescheiterten unterscheiden wird.

Ein Beispiel hierfür gab es kürzlich zwei Kommunen in der Gegend von Neapel. Auch in S. Giovanni Teduccio und in Portici hatte eine Regierungsenquete die Stadträte vor den Richterstuhl gezogen, aber die Wähler haben sie durch eine plebiszitäre Abstimmung wieder ans Ruder gebracht.

Die Sozialisten von Neapel, die sich mit Stolz das Verdienst der eben vorgenommenen moralischen Ausreinigung zuschreiben können, werden sich mit eigenem Programm und eigener Kandidatenliste präsentieren. Sie schlagen vor, daß die für die Ausgleichung des jährlichen Defizits und für die Entwicklung der öffentlichen Betriebe notwendigen vier Millionen durch Ersparnisse im Budget, durch die Konversion der fünfprozentigen Schuld in vierprozentige, und durch eine Rentensteuer aufgebracht werden, und daß für das Totaldefizit von fünfzehn Millionen nicht der Staat, wie die andern Parteien wollen, Sorge trage, sondern daß man mit der Deposition und Verschulung ein Abkommen mit langer Frist und zu niedrigem Zins treffe. Es ist jedoch leicht vorauszuweisen, daß die Sozialisten gescheitert werden. Die von ihnen ins Leben gerufene moralische Reaktion ist noch nicht so stark, um die Ehrenhaften und die Apokryphen der Allzuvielen aufzurütteln.

Es werden also die Gemäßigten in brüderlicher Gemeinschaft mit den Liberalen ans Ruder kommen. Jene Liberal-Gemäßigten, die an der Spitze der Unterstufen-Institutionen, dem Schauplatz der unglaublichen Wänderungen, stehen, dieselben Leute, die bei der Wahl eines Nachfolgers für Casale bewiesen haben, daß sie nicht im Stande sind, die Wände, die sie mit der alten camorristischen Klientel verschweigt, zu zerreißen, und deren Oberbonge der Adokat Arlotto ist, der alles versucht hat, um der Regierungsenquete einen Knüttel zwischen die Beine zu werfen.

Und so wird im großen und ganzen alles beim Alten bleiben!

Zu dem Skandal wird weiterhin gemeldet: Der Bericht des Kommissars Saredo belastet besonders die Redactoren großer Blätter Neapels, welche im Verein mit dem früheren Sindaco Summano eine ungläublichen Stellenhandel trieben. Besonders blödsinnig ist der bekannte Schriftsteller Scarfoglio und seine Frau, die berühmte Mathilde Seroa. Der Bericht sagt kurz:

Scarfoglio, der Direktor des „Mattino“, verlangt vom Ingenieur Dufredno 30 000 Lire für sich und eine Summe für die Administratoren des Bureau für Vergabung der Straßenreinigung. Scarfoglio erhält 12 000 Lire von einem Baumeister, der vom Municipium mit dem Bau eines Kolossalbades beauftragt ist, verlangt 30 000 Lire für die Zulassung des Monopols an die Verleihungsgesellschaft und erhält 18 000 Lire von der Straßenbau-Gesellschaft. Mathilde Seroa vertritt die Befürwortung eines Stadtpolizisten gegen ein Darlehen von 200 Lire. Der Stadtpolizist droht mit Klage beim Staatsanwalt, falls nicht die Rückzahlung des Geldes erfolgt. Sie zahlt sie in wöchentlichen Raten ab. Mathilde Seroa verlangt ferner 1000 Lire als Darlehen von einem gewissen Desimone, dem sie ein Regierungsamtsverpflichtet. Desimone zahlt noch einmal 1000 Lire, um das versprochene Amt zu erhalten, und wird endlich Hausmeister in einem Ministerium. Als nachträgliche Gratifikation erhält sie noch einmal 350 Lire. Direktor Turco von dem Blatt „Don Marzio“ bietet dem in Geldnot befindlichen früheren Sindaco 100 000 Lire an. Die Zeitungen bestechen Stadthebeamte, und die Stadtbeamten bestechen die Zeitungen, wenn letztere nicht selbst als Redactoren gut bezahlte Posten in der Verwaltung bekleiden. Der Skandal überfließt alle Grenzen.

### Schweden.

Mit einer Steuerreform wird sich der nächste Reichstag zu befassen haben. Die zur Vorbereitung dieser Frage eingesetzte Kommission hat ihr Gutachten dem Finanzminister überreicht. Es ist darin eine Einkommensteuer vorgeschrieben mit obligatorischer Selbsteinschätzung für alle Einkommen, die über 2000 Kronen betragen. Die Kommission hat berechnet, daß diese Einkommensteuer dem Staat eine Einnahme von über 8 Millionen einbringen wird. Dazu kommt noch die Vermehrung der Einnahmen, die dadurch erwartet wird, daß die Selbsteinschätzung auch für die bereits bestehende Staatssteuer eingeführt werden soll.

### Frankreich.

Die Interpellationen spielen bekanntlich in der französischen Kammer eine große Rolle. Die vergangene Session hat der gegenwärtigen 46 unerledigte Interpellationen hinterlassen; während der Ferien sind bis jetzt noch 20 eingetroffen, so daß die Kammer mit 66 zu rechnen hat. Unter den neuen Interpellationen befinden sich einige von großer Bedeutung; von sozialistischer Seite (Kouanet und Sembat) betreffend die Massacre in Armenien, von Constant betreffend die Tramway-Gesellschaften von Paris, von Poulain über die Arbeitelose. Bezüglich der Politik der Regierung liegt eine Interpellation vom Abbe Gayraud über das Vereinsgesetz vor. Von den alten Interpellationen ist hervorzuheben die des Genossen Pasteur über die Maßregelungen sozialistischer Lehrer und Professoren.

### Sizilien.

Das Mandschuren-Abkommen hat, wie den „Times“ aus Shanghai mitgeteilt wird, nach einem in Sinesischen Kreisen veröffentlichten Auszug aus dem Vertrag im wesentlichen folgenden Inhalt: China ist gehalten, Rußland für die Rückgabe der Eisenbahn Schankaitwan-Rußschwang gewisse Vorteile zu gewähren. Alle Eisenbahn- und Bergwerks-Privilegien in der Mandchurei bleiben den Russen vorbehalten. Alle Eingeborenengarnisonen sollen aus Truppen bestehen, die von Russen ausgebildet sind. Die Mandchurei soll wieder an China zurückgehen, aber die Besetzung durch russische Truppen bleibt bestehen, bis die Unruhen aufgehört haben. Man rechnet, daß ein Zeitraum von drei Jahren erforderlich sein wird, um die endgültige Zurückziehung der Truppen zu gestalten.

China würde also im günstigsten Falle nur der Form nach die Mandchurei zurückbekommen, da ja auch nach Zurückziehung der russischen Truppen die Sinesischen Truppen unter dem Befehl russischer Offiziere stehen würden. Rußland würde sich lediglich die

Kost der Verwaltungsgeschäfte ersparen, im übrigen aber alle Vorteile des Herrschers genießen. Die japanische Presse eifert begreiflicherweise wiederum gegen die Festsetzung Rußlands in der Mandchurei. Im Ernste aber wird Japan ebensowenig wie England etwas unternehmen.

Vom Philippinen-Krieg. Der Aufstand der Eingeborenen auf Samar nimmt immer mehr zu, aber das Kriegsamt ist der Ansicht, derselbe werde bald niedergeschlagen sein. General Chaffee hat gestern aus Manila ein beruhigendes Telegramm über die Lage auf Luzon eingeschickt.

### Amerika.

Unruhen in Paraguay. Dem „Diario“ zufolge hat die Rebellion in Matio Grosso in Paraguay einen großen Umfang angenommen. Der Gouverneur ist gezwungen worden, sich in Cuaba zu verschanzen. Die Revolutionäre sind im Besitze der ganzen Provinz.

Grenzkonflikt Chiles mit Argentinien. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Buenos Aires von gestern soll Chile das strittige Gebiet in den Cordilleren besetzt und die Regierung Argentiniens von Chile Aufklärungen darüber verlangt haben.

## Der Boeren-Krieg.

### Boha.

Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Pretoria vom 22. Oktober gemeldet: Boha ist offenbar in seinem Marsch aufgehalten worden, da er sich jetzt in Pietersdorp befindet. Eine große Anzahl Boeren verbergen sich in dem Walde von Winberg; es sind Aufschüßler vorhanden, daß sie von der Kolonne Walter Kitcheners umringt werden.

### Zurückeroberung der englischen Geschütze.

London, 24. Oktober. General Kitchener meldet aus Pretoria vom 23. Oktober: Zwei Kanonen von der 89. Batterie der königlichen Feldartillerie, die bei Schepersdorp von den Boeren genommen worden waren, wurden zurückerobert.

### Die Verluste der Engländer.

vom südafrikanischen Kriegsschauplatz umfaßt für den 23. Oktober 3 Tote, 11 Verwundete, 6 Gefangene, die aber wieder freigelassen wurden, und 10 an Krankheiten Verstorbene.

Paris, 24. Oktober. Wie das Blatt „Kappel“ aus Lourenço Marques berichtet, haben die Boeren bedeutende Festungen von Kanonen der verschiedenen europäischen Fabriken gemacht. Unter diesen Firmen befindet sich auch eine englische. Wie es heißt, wollen die Boeren nochmals energisch vorgehen und gebrauchen hierzu Artillerie.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

32. Sitzung vom Donnerstag, den 24. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden Dr. Langerhans gegen 5 1/2 Uhr eröffnet. Die Zuhörertribüne ist wiederum überfüllt. Der Stadtd. Wandler hat sein Mandat niedergelegt. Dem Ansehen des gestern in hohem Alter verstorbenen ersten Dieners der Versammlung Seezel widmet der Vorsitzende ehrende Worte, die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.

In die Deputation wählt die Versammlung den Stadtd. Friedl, in das Kuratorium der Otto-Stiftung den Stadtd. Labewig, beide der Neuen Linken angehörig.

Der für die Erörterung des Erlasses des Oberpräsidenten v. Bethmann-Hollweg in der Angelegenheit der

Wiederwahl des nicht beschäftigten Stadtrats Kaufmann zum Bürgermeister

niedergeschickte Ausschuss hat eine doppelte Beschlußfassung vorgeschlagen. Der erste einstimmig gefasste Beschluß hat folgende Formulierung erhalten:

Von der Bestimmung in § 33 St.-O., welche das Recht der Bestätigung der Bürgermeister und Beigeordneten in Städten von mehr als 10 000 Einwohnern ausschließlich dem König vorbehält, ist weder in der St.-O. noch in einem andern Gesetze eine Ausnahme für den Fall der Wiederwahl eines nichtbeschäftigten vorgelesen. Aus dem Schreiben des Herrn Oberpräsidenten vom 6. Oktober erhellet, daß eine königliche Entscheidung über die wiederholte Wahl des Herrn Stadtrats Kaufmann zum Bürgermeister noch nicht erfolgt ist; daher ist die Stadtverordneten-Versammlung an diese Wahl gebunden und lehnt die Vornahme einer Neuwahl bis zum Eingange einer Entscheidung des Königs über die Bestätigung ab.

Der zweite Beschluß wurde mit 11 gegen 4 Stimmen gefaßt und lautet:

Ferner ersucht die Versammlung den Magistrat, über den Bescheid des Oberpräsidenten vom 6. Oktober Beschwerde beim Minister des Innern zu führen.

Referent des Ausschusses ist Stadtd. Dr. Preuß. Derselbe hebt ausdrücklich hervor, daß die Versammlung niemals das Recht der Regierung, die Bürgermeisterstelle vom Augenblick der Wiederwahl eines nicht Beschäftigten einstweilen kommissarisch zu verwalten zu lassen, bestritten hat. Es handele sich lediglich um die Frage, ob das Bestätigungsrecht der Krone im Fall einer solchen Wiederwahl laßfertig werde oder nicht. Von einem solchen Aufheben dieses Rechts stehe im § 33 der Städte-Ordnung nichts; die bei der ersten Verhandlung vom Stadtd. Kommissar vertretene Auffassung habe im Ausschusse keinen einzigen Verteidiger gefunden. Auch aus der Entscheidungsgeschichte des § 33 ergebe sich mit vollster Klarheit, daß hier nur von der eventuellen kommissarischen Besetzung die Rede ist, die Bestätigungsfrage dagegen ganz unberührt bleibt. Die Regierung selbst habe diesen Standpunkt früher, so in dem oft erwähnten Erlaß von 1880, geteilt, der um so einwandsfreier sei, als die Ungehebelbarkeit der Wiederwahl von niemand behauptet werde. An dem Rechtsstandpunkte müsse festgehalten werden, man dürfe nicht aus taktischen, aus Klugheitsrücksichten dazu beitragen, die formalen Kompetenzen zu verwirren. Die Versammlung brauche nicht nur nicht zu einer Neuwahl zu schreiten, sie dürfe es auch nicht, wenn ihre Rechtsauffassung die zutreffende sei. In das Grundgesetz der kommunalen Selbstverwaltung dürfe nicht auf solchem Wege Dresse gelegt werden. Die Versammlung könne auch nicht ihrerseits durch Beschreiten des Beschwerdeweges materiell eingreifen, denn der Beschwerdeweg eube schon beim Ministerium. Dagegen könne der Magistrat, an den das Schreiben des Oberpräsidenten gerichtet sei, sehr wohl die Beschwerde an das Ministerium über den Bescheid einlegen. Merkwürdig sei, daß man gleichzeitig in der Presse der verschiedenen Mächtingen der Versammlung den Vorwurf der Konfliktlust und des Vertriebens hinter formalen Rechtsgründen mache. Beweis genug, daß man sich auf dem richtigen Wege befinde. (Beifall.)

Stadtd. Stadthagen (Soz.): Aus der Entstehungsgeschichte des § 33 ergibt sich auch, daß der Antrag, das Recht der Wiederwahl anzuschaffen, ausdrücklich vom Herrenhause i. B. abgelehnt worden ist. Die Handhabe dafür, daß der Oberpräsident sich durch die Gerichte über das Verfehlen seines Standpunktes belehren lassen kann, ist schon durch den ersten Beschluß des Ausschusses gegeben; den zweiten Beschluß, die Beschwerde betreffend, kann ich nicht billigen. Es ist für uns gleichgültig, was das Ministerium über die Frage denkt, und außerdem geht es uns nichts an, was der Magistrat in diesem Punkte zu thun beabsichtigt. Es liegt aber darin eine Art Öffnung der Sadgasse in welche sich der Oberpräsident verannt hat, und dazu möchte ich meine Hand nicht geben. Jedenfalls widerspricht der zweite Antrag bis zu einem gewissen Grade dem ersten. Wir haben unsre Meinung in dem ersten Beschlusse ausgedrückt, wir haben zu warten und wir können warten. Beschwert sich der Magistrat, so würde es interessant sein, wenn er sich dabei auf das tüchtige Buch

des Großvaters des jetzigen Oberpräsidenten „Vom Ursprung der lombardischen Städtefreiheit“ beriefe, welches der 1840 gegebte Minister v. Bethmann-Hollweg geschrieben hat. Bei einer Denkmalserrichtung in der Siegesallee soll einmal die Wardenberg als Muster eines Oberbürgermeisters hingestellt worden sein. Dieser Mann war ein besonders starrköpfiger Vertreter der Städtefreiheit, ihn mag der Magistrat sich zum Muster nehmen; aber ganz unangebracht erscheint es mir, daß wir dem Magistrat einen solchen Weg weisen, wie er in dem zweiten Vorschlage angedeutet ist.

Stadtd. Cassel (L.): Es hat sich in unserer Rechtsauffassung nicht das geringste geändert; auch die erschienenen Zeitungstitel und die Stellungnahme des Dr. Nomen sind in dieser Beziehung ohne jede Wirkung geblieben. Der Antrag betr. die Einlegung der Beschwerde ist dagegen keineswegs ohne Bedeutung, denn es muß der obersten Verwaltungsinstanz die Gelegenheit genommen werden, nachher etwa im Landtage sich darauf zu berufen, daß die Stadt gar keinen Versuch gemacht habe, ihren Rechtsstandpunkt in der Frage des Bescheides überhört vor jettes Forum zu bringen. Der Redner fährt dann noch die beiden Präcedenzfälle an, wonach der verstorbene Bürgermeister Weinmann in Lüttich und der Bürgermeister Herse in Posen nach nicht bestätigter Wahl wieder gewählt wurden und daß in beiden Fällen eine königliche Entscheidung erging.

Stadtd. Kretzing (L.) bittet ebenfalls um Annahme beider Anträge, damit man der Stadt nachher nicht den Vorwurf machen könnte, sie habe nicht alles gethan, um den Instanzenzug zu erschöpfen. Es müsse doch im Auge behalten werden, daß wir in einem Rechtsstaate leben, in dem die Bureaucratie sehr mächtig ist.

Damit schließt die Debatte. In der Abstimmung wird der erste Ausschuh Antrag fast einstimmig, der zweite gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Darauf nimmt die Versammlung die noch rückständigen

### Stadtratswahlen

vor für die mit Ende 1901 auscheidenden und esoldeten Stadträte Marggraf, Dr. Münsterberg, Dr. Straßmann und Struve.

Wiedergewählt wird Herr Marggraf, Dr. Münsterberg und Stadtrats Straßmann.

Die letzte Wahl beantragt Stadtd. Hillestein (es ist inzwischen 1/8 Uhr geworden) heute nicht mehr vorzunehmen, da die Versammlung ein überwiegendes Interesse habe, die Angelegenheit wegen Aufhebung der Biermarkt-Steuerstufe noch zu erledigen. (Lebhafte Widerspruch von verschiedenen Seiten.)

Stadtd. Singer unterfährt die Verlegung der Wahl. Auch bei dem genannten Gegenstand handele es sich um Wahlen, wenn auch nicht um Stadtrats- sondern um Stadtvorordneten-Wahlen. Es liege im Interesse der Mehrheit selbst, wenn der Wählerchaft vor der Wahl volle Klarheit in dieser wichtigen Frage werde.

Vorsitzer Dr. Langerhans: In dieser wichtigen Frage braucht die Wählerchaft vor dieser Wahl gar keine Aufklärung, denn sie wählen alle mit, die bisher wahlberechtigt sind, gleichviel ob Sie den Magistratsantrag annehmen oder ablehnen. (Große Heiterkeit.) Der vierte Wahlgang wird vorgenommen und ergibt die Wiederwahl des Stadtrats Struve.

Darauf beantragt Stadtd. Wallach die

Absehung der übrigen bedeutsameren Tagesordnungsgegenstände,

da die Versammlung zu ermüdet sei. Auch die Biermarkt-Steuerfrage habe nicht die große Wichtigkeit, die ihr Herr Singer beilege. Die Versammlung würde sonst beschlußunfähig werden.

Stadtd. Singer beantragt über diesen Antrag namentliche Abstimmung. Nur im Vertrauen darauf, daß die Biermarkt-Steuerfrage noch erledigt würde, habe seine Partei gegen die Verlegung der Stadtratswahlen keinen Protest erhoben. Es scheine aber der Mehrheit nicht bequem zu sein, der Wählerchaft in dieser Frage noch vor den Wahlen Klarheit zu verschaffen. Auch könne niemand verbürgen, daß die Sache am nächsten Donnerstag zur Erledigung komme, da die Mehrheit damit leicht abermals andre Gegenstände als noch wichtiger ansehen könnte.

Vorsitzer Langerhans hat allerdings geglaubt, es würde sich die Erledigung heute noch ermöglichen lassen, bittet aber unter Bezugnahme auf seine vorher geäußerte Ansicht den Stadtd. Singer, von seinem Verlangen Abstand zu nehmen.

Stadtd. Cassel legt sehr erregten Protest gegen die Unterstellung ein, als ob die Mehrheit aus parteipolitischen Gründen die Sache überhaupt nicht vor den Wahlen erledigen wolle. Herr Singer und seine Freunde würden auch vollkommene Gelegenheit haben, noch vor den Wahlen auf der Sache bei der Agitation Kapital zu schlagen. Was seine (Redners) Freunde nicht wollten, sei in einer so wichtigen Angelegenheit und zu so später Stunde die Sozialdemokraten allein reden zu lassen.

Vorsitzer Langerhans nimmt den Stadtd. Singer gegen die ersten Ausführungen des Redners in Schutz.

Stadtd. Kretzing (L.): Wären wir anstatt in diese Geschäftsordnungsdebatte sofort in die Verhandlung des Gegenstandes eingetreten, so wären wir jetzt schon ein gutes Stück weiter und bald mit der Sache fertig. Wir werden gegen den Antrag Wallach stimmen.

Stadtd. Singer: Es liegt mir nur daran, ein Mißverständnis des Herrn Vorsitzers zu beseitigen. Ich habe vom Zusammenhang der Sache mit den Wahlen natürlich nur in dem Sinne gesprochen, daß die Frage an sich wichtig genug ist, um entschieden zu werden, bevor ein Drittel der Versammlung durch Neuwahlen ergänzt wird. Die wiederholte Zurückstellung der Sache erweckt allerdings den Anschein, als ob man die Verhandlung vor den Wahlen nicht wünscht; auch weiß man thatsächlich nicht, ob die Sache am nächsten Donnerstag zur Verhandlung kommen wird. Andererseits kann man mit dieser gründlich vorgeprüften Sache in höchstens einer Stunde fertig sein.

Stadtd. Cassel: Herr Singer wird als falscher Prophet erkannt werden, denn wir werden die Angelegenheit über acht Tage erledigen.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Antrag Wallach mit 58 gegen 43 Stimmen angenommen, womit die Verhandlung der Steuerfrage und der übrigen Gegenstände, über welche Ausschuhberichte zu erstatten sind, für heute aussteht. Die sozialdemokratischen Mitglieder verlassen nach der Verlesung der Abstimmung zum größten Teil den Saal.

Es werden noch einige kleinere Vorlagen erledigt. Des eigentümlichen Bescheides, welchen die Verlehdreputation vom Polizeipräsidenten bezüglich der Einführung von

Schuhvorrichtungen an den elektrischen Straßenbahnwagen erhalten hat, ist bereits erwähnt worden. Auf das Ersuchen um die Gewährung von Gelegenheit, die betreffenden Vorläufe der Stadtgemeinde in kommissarischer Verhandlung vorzutragen, erfolgte die Einordnung, daß solche Vorprüfungen bereits stattgefunden hätten, die Verhandlungen darüber noch schwebten und ein Eingreifen der städtischen Behörden die Sache nicht wesentlich fördern, vielmehr vielleicht nur Verzögerungen herbeiführen würde. Nachher ist die Mitteilung eingegangen, daß 50 Wagen verkehrsweise mit einer neuen Schuhvorrichtung versehen seien, deren Erfolg erst längere Zeit beobachtet werden soll.

Ohne Debatte wird die betreffende Vorlage zur Kenntnis genommen.

Dem vierten

### Krankenhaus in der Ceestrasse

soll der Name Richardow-Krankenhaus beigelegt werden. Die Versammlung stimmt zu.

Der Verlegung des Friedrich-Realgymnasiums nach dem Galleischen Thore hat die Aufsichtsbehörde zugestimmt.

Die Vorlage wegen

Abklasses eines Vertrages mit den Moabiter Electricitäts-

werkten, Aktiengesellschaft zu Berlin, geht auf Antrag Labewig an einen Ausschuss. Es handelt sich um die 1896 Wilsonstr. 11 angelegte



Wohlfahrt dieser Gesellschaft, welche ihr Drahtnetz ohne Genehmigung der Stadt und ohne Wissen der Centralinstanz über die Wilsnader- und Drehschraube hinweg ausgedehnt hat, jetzt aber ebenso wie die 54 angehängten Konventionen in große Schwierigkeiten geraten würde, wenn die Stadt, wozu sie berechtigt wäre, zur zwingenden Entfernung der über die genannten Straßen gezogenen Leitungen Schritte.

Die Errichtung einer städtischen Volkshochschule für den Wedding auf dem sogenannten Baumshule-Grundstück an der Gerichtsstraße wird genehmigt.

Schluss 9/10 Uhr.

## Verfassungen.

### Gegen die Zollpolitik der Regierung

nahmen die Berliner Buchbinder und verwandten Berufs-genossen Stellung in einer Protestversammlung, die am Mittwoch in Stellers Saal tagte. Reichstags-Abgeordneter Richard Fischer schilderte die arbeiterfeindliche Politik der Regierung im allgemeinen und ging dann zur Besprechung des Zolltarifs über, wobei er insbesondere diejenigen Positionen besprach, durch welche die Buch-, Papier- und Lebergalanterie-Industrie getroffen wird. Nach einer kurzen, dem Referenten zustimmenden Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Verfassung erblickt in dem von der Regierung geplanten Zolltarif eine schwere wirtschaftliche Schädigung. Durch die geplanten Zölle auf die wichtigsten Lebensmittel wird einer kleinen Anzahl von Personen auf Kosten der Allgemeinheit Vorteil gewährt, der nicht im Interesse der Allgemeinheit geboten erscheint. In den Zollsätzen auf Seide, Pappe, Altbrot, Leder und Ledertwaren, wie solche in dem 6. und 11. Abschnitt sowie in Nr. 670, 671 und 673 des Entwurfs enthalten sind, ist gleichfalls eine Schädigung der in den genannten Branchen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu erblicken, die uns um so härter trifft, als auch unser Gewerbe durch die herrschende Krise schwer zu leiden hat. — Die Verfassung erklärt, der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen zu können, und hofft von den Mitgliedern des Reichstags, daß sie einem derartigen Entwurf ihre Zustimmung verweigern werden.“ Die Resolution soll dem Reichstag sowie dem Bundesrat zugestellt werden.

Eine Kommunalwähler-Versammlung für den 29. und 30. Bezirk tagte am Mittwoch bei Ledebor, Sophienstraße, in der Genosse Dr. K. Friedberg über die bevorstehenden Kommunalwahlen referierte. Der Vortrag, in dem der Redner die Forderungen der Sozialdemokratie auf kommunalem Gebiete erörterte und das arbeiterfeindliche Verhalten des sonst rückgratlosen Freisinn im Stadtparlament einer treffenden Kritik unterzog, wurde sehr beifällig aufgenommen. In der Diskussion sprach Genosse R. Vabiel, der ebenso wie der Referent der Meinung Ausdruck gab, daß trotz der vielen Sünden des Freisinn auch bei dieser Wahl auf eine Unterföhrung aus den bürgerlichen Kreisen nicht gerechnet werden darf, sondern daß es nur darauf ankommen wird, daß jeder Proletarier, der seine Klassenlage erkannt hat, offen seine Anschauung kund gibt und für die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten eintritt.

Die Kellner, Köche und Berufsgenossen hielten in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag eine öffentliche Versammlung ab, um über die Bekämpfung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung auf Grund der neuen Ministerial-Verordnung für Preußen zu beraten. Der Referent G. Böhsch führte aus, daß zwar den Stellenvermittlern, wenn die Organisation der Gehilfen recht richtig ist, jetzt mehr Schwierigkeiten bereitet werden können, daß aber weder das Gesetz über die Stellenvermittlung, das bereits am 1. Oktober v. J. in Kraft trat, noch die neue vom 1. Oktober d. J. abgültige Ministerialverordnung geeignet sind, den schamlosen Stellenwucher zu beseitigen. Die Bestimmungen sind teilweise sehr unklar und lüdenhaft, so daß sich genügende Auswege für die gewerbsmäßigen Stellenvermittler finden werden, um die Ausbeutung der Stellensuchenden ungehindert weiter betreiben zu können. Von ganz besonderer Bedeutung ist der § 20 der Verordnung, wonach die Bestimmungen auf Stellenvermittlungen, die von Korporationen, Verbänden und Vereinen errichtet und gewerbsmäßig nicht betrieben werden, keine Anwendung finden. Es wird nun ganz darauf ankommen, was unter „gewerbsmäßig“ verstanden werden soll. Nach dem Kommentar des Geheimen Regierungsrats Dr. Hoffmann soll auch da ein nicht gewerbsmäßiger Betrieb angenommen werden, wo die Beiträge so bemessen sind, daß höchstens die Unkosten der Vermittlung daraus gedeckt werden, Einnahmen also nicht vorkommen.“ Wenn diese Auslegung zutreffend wäre, was unmöglich der Fall sein kann, so würde durch den § 20 die ganze Verordnung fast völlig illusorisch werden. Die Stellenvermittler brauchen dann nichts weiter zu thun, als pro forma ein Vereinchen zu gründen, unter dessen Vedmantel sie den Stellenwucher weiter betreiben. Die Gehilfen haben alle Ursache, auf die richtige Auslegung des § 20 besonderen Wert zu legen, zumal die Arbeitsnachweise der Unternehmer-Vereinigungen, die sich von den der privaten Stellenvermittler wenig, vielfach gar nicht unterscheiden, dann von der Verordnung auch nicht betroffen werden.

Wie der Referent so erklärten auch mehrere andre Redner, daß die Verordnung unzulänglich sei. Es soll aber trotzdem verläßt werden, mit dieser Verordnung die gewerbsmäßige Stellenvermittlung zu bekämpfen und soll eine rege Tätigkeit nach dieser Richtung hin entfaltet werden. Nach längerer Diskussion in diesem Sinne wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Die Verfassung der Gehilfenvereine des Reichstages, die sich von den der privaten Stellenvermittler wenig, vielfach gar nicht unterscheiden, dann von der Verordnung auch nicht betroffen werden.“

Als gewerbsmäßig ist jede Stellenvermittlung gegen Entgelt zu betrachten, gleichviel, ob sie von Privatpersonen oder von Vereinen ausgeübt wird und ohne Rücksicht auf die Höhe der Tarife.

Als zur gänzlichen Beseitigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung werden die gewerkschaftlichen Angelegenheiten fortzuführen, diese zu bekämpfen.

Obgleich unzulänglich, wird die Berliner Gehilfenschaft sich der Bestimmungen der neuen preussischen Ministerialverordnung bedienen, um die gewerbsmäßige Stellenvermittlung in jeder Form zu bekämpfen und die Schädigungen des ganzen Privatstellenvermittlungswesens aufzuweisen.“

Außerdem wurde eine Kommission gewählt, welche die Aufgabe hat, die Geschäftsabhandlung der Stellenvermittler genau zu beobachten und alle Versuche gegen die gesetzlichen Bestimmungen den Behörden zur Anzeige zu bringen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag seine Generalversammlung in Boigis Restaurant, Ritterstraße, ab. Der Vorsitzende, Genosse Frey, erstattete den Bericht des Vorstandes. Seit der letzten Generalversammlung haben 2 Vereinsversammlungen und 5 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Abhaltung des Stiftungsfestes wurde auf den 18. Januar nächsten Jahres festgesetzt. Der Vorstand hat, weil das bisher so gehandhabt wurde, beschlossen, das Protokoll des Parteitages an die Mitglieder verteilen zu lassen. 42 Mitglieder sind dem Verein seit der letzten Generalversammlung beigetreten. Der Kassenbericht weist, einschließlich des Bestandes vom vorigen Quartal von 284,97 M., eine Einnahme von 753,27 M., auf, die Ausgaben betragen 456,15 M., so daß ein Kassenbestand von 207,12 M. verbleibt. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Ein Antrag, dem Vorstand 200 M. zur Agitation zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. — Darauf hielt der Schriftsteller Max Schütte einen Vortrag über „Die Urgeschichte der Erde“, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Schließlich gab der Vorsitzende noch bekannt, daß von dem

vom Genossen Altholdt angeregten Besuch der Urania Abstand genommen worden ist, weil den Mitgliedern durch die Generalversammlungen Gelegenheit genug dazu geboten wird und man eventuell mit einem Defizit zu rechnen hätte.

Die von dem Sozialdemokratischen Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südost) am Dienstag in Sanssouci abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Richard Weise gab in derselben den Bericht des Vorstandes vom letzten halben Jahr. Er schilderte die Entwicklung der vorgenommenen Reorganisation und konstatierte die gute Wirkung derselben. Der Besuch der abgehaltenen Versammlungen, von denen fünf Mitglieder- und eine Generalversammlung waren, entsprach den gehegten Erwartungen. Auch die Zunahme an Mitgliedern ist eine erfreuliche; es wurden aufgenommen im April 46, Mai 32, Juni 32, Juli 48, August 89, September 59, im ganzen 326 neue Mitglieder; ausgeschieden sind 89, so daß ein Mitgliederbestand von 3281 Personen vorhanden ist. Verstorbene sind während der Geschäftsperiode 7 Mitglieder, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Der Kassenbericht stellt sich in Einnahme auf 2862,15 M., in Ausgabe (darunter zur Agitation im 4. Kreise 1833,95 M.) auf 2541,85 M., so daß ein Ueberschuß von 320,30 M. verbleibt. — Die Neuwahl des ganzen Vorstandes, welche nunmehr erfolgte, ergab folgendes Resultat: Es wurden gewählt zum ersten Vorsitzenden Paul Hoffmann, zweiten Vorsitzenden Max Menzel, ersten Schriftführer F. Prothmann, zweiten Schriftführer R. Bliz, ersten Kassierer W. Traczyl, zweiten Kassierer A. Salzmann, Weißer V. Jiderl, Treitschke, Karl Scholz, und zu Revisoren Schuster, M. Riz, Edeling.

Es folgte hierauf der Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Tugauer über das neue Gewerbegerichts-Gesetz. Der Redner beleuchtete die Vorzüge der am 1. Januar in Kraft tretenden, für die gesamte Arbeiterschaft so überaus wichtigen neuen Gesetzgebung. Sei es der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstags auch nicht gelungen, die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte zu erlangen, so habe man doch erreicht, daß in den Gemeinden, welche über 20 000 Einwohner zählen, die Errichtung eines solchen stattgefunden habe. Häufig habe man auch in den Gemeinden die ablehnende Haltung mit dem Mangel an juristisch gebildeten Personen, welche das Amt eines Vorsitzenden zu bekleiden haben, motiviert. Diesem Mangel ist infolge abgeholfen, als der Vorsitzende eines Gewerbegerichts an die gezielte zweijährige Karenzzeit eines örtlichen Aufenthalt nicht gebunden ist. Auch die für die Teilnahme an den Wahlen bisher genährte Bedingung des einjährigen Aufenthalts oder der Beschäftigung am Ort ist in dem neuen Gesetz beseitigt und damit ein weiterer Rechtszustand der Arbeiter hergestellt. Ein weiterer und wichtiger Vorzug ist die Ausdehnung der sachlichen Zuständigkeit der Gerichte. Denn während bisher nur über den Antritt, die Fortsetzung oder Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie über Ausbändigung oder Inhalt des Zeugnisses oder Arbeitsbuches geklagt werden konnte, kann man jetzt auf Herausgabe von Arbeitsgerät, Kleidern, Requisitionen, Legitimationspapieren usw., und der dadurch begründeten Schadensersatz-Ansprüche klagen. Die Ausdehnung der Zuständigkeit auf den Personenkreis ist leider nicht gelungen. Nach wie vor sind die Handlungsgeliffen, das Gesunde, die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter von den Segnungen der Gewerbegerichte ausgeschlossen. Auch den Frauen hat man, trotz aller Gunstbezeugungen seitens der bürgerlichen Parteien im Reichstags, weder das aktive noch das passive Wahlrecht eingeräumt. Nachdem noch Redner der wichtigsten Aufgaben des Gewerbegerichts als Einigungs- und Schlichtungsorgan, schloß er seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Wunsche, die Lässigkeit bei den Wahlen zu dem Berliner Gewerbegericht abzustreifen und durch eine allgemeine Teilnahme die Wichtigkeit derselben für uns der bürgerlichen Gesellschaft zu demonstrieren.

In der darauffolgenden Diskussion beschränkte man sich auf eine kurze Reihe von Fragestellungen, welche durch den Referenten beantwortet wurden.

Unter Vereinsangelegenheiten machte Karl Scholz die gewerbesteuernden Genossen auf die im November stattfindenden Gewerbesteuerauswahlfestnahmen aufmerksam und erluchte um rege Beteiligung.

Nachdem noch Genosse Stumpe das eigentümliche Verhalten des Betriebsdirektors der städtischen Straßenreinigung, der circa 40 Straßenscheiter zum „freiwilligen“ Verteilen von Flugblättern für den liberalen Stadtverordneten-Kandidaten A. aufgefördert hatte, treffend kritisierte, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Mahnung, bis zum 6. November alles daranzusetzen, um einen vollen Sieg bei den Stadtverordnetewahlen zu erringen.

Der sozialdemokratische Verein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 22. Oktober in Schmöds Gesellschaftshaus, Gartenstraße 18/14, eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Georg Ledebour sprach über das Thema: „Der südafrikanische Krieg und seine Lehren.“ In 1 1/2-stündigem Vortrage, der oft von Beifall unterbrochen wurde, schilderte er die Greuel der englischen Kriegsführung in Transvaal und wies nach, daß der Krieg im Grunde nur verfaßelt sei durch den Eigennutz einer goldgierigen Kapitalistenklasse, bei deren Unternehmungen auch deutsche und französische Vorkämpfer beteiligt seien. Indem er unter anderem auf die Verherrlichung der Summenhosen in China verwies, die sogar der von Christlicher Liebe tiefende Hauptführer der Nationalsozialen besonders zu rechtfertigen versucht habe, erklärte Redner die Annahme für durchaus gerechtfertigt, daß das deutsche Bürgertum mit patriotischem Eifer und größtem Eifer dabei wäre, wenn Deutschland zu einem Ausbruch, wie dem in Südafrika, die Gelegenheit hätte. Auch das deutsche Bürgertum würde alle Entartungen einer wilden Soldateska herunterzuschleudern, wenn nur der Ruf Deutschlands herausgehört werden könnte. — Die deutsche Arbeiterschaft, meinte Genosse Ledebour zum Schluß, habe vor allem zwei Lehren aus dem südafrikanischen Kriege zu ziehen. Jedwem Versuch, unter welchem Vorwande er auch immer gemacht werde, uns irgendwie in Kolonialabenteuer zu verstricken, sei von vornherein mit aller Kraft entgegenzutreten. Denn wir wüßten, daß er zu einem Verbrechen wider die Menschheit ausarten würde. Und andererseits hätten die Boeren, die immer noch nicht vernichtet sind, durch ihre Standshaftigkeit gegenüber einem übermächtigen Gegner bewiesen, was ein Volk vermöge, das seine Waffen in der Hand habe. Durch eine belehrende Agitation könne und müsse das ganze Volk davon überzeugt werden, daß mit der Institution des stehenden Heeres ein Ende gemacht werden müsse zu Gunsten des Volksheeres, der Volkswaffnung. (Wausender Beifall.) Nachdem der Vorsitzende auf die Arbeiterpresse aufmerksam gemacht und den Anschluß an die gewerkschaftliche und politische Organisation empfohlen hatte, schloß die Versammlung mit einem donnernden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Kupferschmiede. Die Filiale Berlin des Unterstützungvereins der Kupferschmiede Deutschlands hielt am 19. Oktober im Gewerkschaftshaus ihre Centralversammlung ab. Nach dem Bericht des Kassierers hatte die Centralkasse eine Einnahme von 2268,55 M., eine Ausgabe von 1803,66 M., von dem Ueberschuß wurden 704,89 M. an die Centralkasse nach Hamburg geschickt und 200 M. verblieben der Filiale. Die Lokalasse hatte inkl. eines Bestandes von 658,59 M. eine Einnahme von 1286,82 M., der eine Ausgabe von 640,25 M. gegenüberstand, so daß 637,51 M. der Lokalasse verblieben. Der Mitgliederbestand betrug 392. Es wurde beschlossen, den Beitrag zur Lokalasse, der 40 Pf. vierteljährlich betrug, auf 15 Pf. wöchentlich zu erhöhen, 1/4 dieser Einnahmen zur Bildung eines Streikfonds alle Vierteljahre zurückzuführen und den Rest für die Lokalbedürfnisse zu verwenden. Der gesamte Beitrag, den die organisierten Kupferschmiede zu leisten haben beträgt vom 1. Januar 1902 0,55 M. wöchentlich. Betreffs der Kassierer wurde die Resolution des Metallarbeiter-Verbandes, welche derselbe auf seiner letzten Generalversammlung beschlossen hat, mit einigen Änderungen angenommen.

Der Verband des technischen Bühnenpersonals nahm in seiner am 19. d. Mts. stattgefundenen Quartalsversammlung den Kassenbericht für Juli—September entgegen; derselbe ergab: Einnahme inkl. Bestand 333,25 M., Ausgabe 189,51 M., bleibt jeßiger Bestand 143,74 M. Der Kassierer wurde einstimmig entlassen. Aufgenommen wurden 9 Mitglieder. Petitionslisten sind bis jetzt 17 mit 450 Unterschriften eingelaufen. Als Delegierte für die Krankenkassen wurden 4 Kollegen vorgeschlagen. Für das Amt des ersten und zweiten Schriftführers, eines Revisors und eines Beisitzers fanden Ersatzwahlen statt.

Die Kommission zur Bearbeitung der Petition gab bekannt, daß Reichstags-Abgeordneter Rolfenbühl sich bereit erklärt hat, die Forderungen der Bühnenarbeiter im Reichstags zu vertreten.

Das christliche Gewerkschaftskartell Bayerns, welchem die Vereinigung technischer Bühnenangestellten Münchens angeschlossen ist, teilt dem Vorstand mit, daß es mit seinem Vorgehen vollständig einverstanden ist und die Petition des Verbandes mit allen Kräften unterstützen werde.

Der Verein der Zimmerer Berlin und der Umgegend hielt am 20. Oktober seine vierte Generalversammlung ab.

Das Ableben der Mitglieder H. Koffin und G. Ohnesorge wurde in der üblichen Weise geehrt. Die Abrechnung vom dritten Quartal ergab eine Einnahme (inkl. Bestand vom zweiten Quartal) von 24 252,46 M., verausgabt wurden 8 754,09 M., verbleibt somit ein Bestand von 20 498,37 M. Dem Kassierer Mehner wurde einstimmig Decharge erteilt.

Den Bericht des 6. Kongresses der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften erstattete der Delegierte Hinrichsen. Daran schloß sich eine anregende Diskussion. Ein Antrag, der sich mit den gestellten Vorschlägen einverstanden erklärte, wurde angenommen. Unter Vereinsangelegenheiten empfahl der Vorstand folgenden Antrag: „Mitgliedern, welche 3 Jahre der Organisation angehören, und infolge von Alter oder Unfall gezwungen sind, unter dem jeweiligen Einheitslohn zu arbeiten, kann auf ihren Antrag beim Vorstand der Beitrag auf 30 Pf. pro Woche erniedrigt werden. Eigenmächtig darf kein Bezirkskassierer 30 Pf.-Marken verabfolgen.“ Der Antrag wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Das Mitglied Kalkke wurde, weil derselbe sich als Arbeitswilliger in Reddeburg-Schwerin hat verwenden lassen, aus dem Verein ausgestoßen.

Der Verein der Wäsche- und Krawatten-Arbeiter und Arbeiterinnen sprach sich in seiner Versammlung am 22. d. Mts. nach einem Vortrage der Genossin Herer für die Vereinfachung der Heimarbeit in der Wäsche- und Krawattenbranche aus. Der Kassierer Stanowski gab den Vierteljahresbericht, welcher inkl. eines Bestandes von 1849,76 M. eine Einnahme von 2691,21 M. aufwies. Die Streikfonds-Einnahme betrug 143,55 M. Dem stand gegenüber eine Ausgabe von 1206,62 M., somit bleibt ein Bestand von 1484,59 M. Für Krankenzuschuß wurden 268,25 M. ausgezahlt. — Die Lohn-differenzen der Plätterinnen bei der Firma Cohn u. Ellenburg wurden hierauf eingehend besprochen.

Aufgelöst wurde gestern abend eine nach Stecherts Festfällen einberufene öffentliche Versammlung, in welcher der Naturheilkundige Heimermann über die „Verhütung des Empfängnis“ reden wollte. Der Vortragende kam über die Einleitungsworte nicht hinaus.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Stralau und Umgegend hielt am 20. Oktober im Lokale des Herrn Gursh seine Generalversammlung ab. Genosse Pönder gab den Bericht vom Provinzialparteitag. Ueber den Parteitag in Lübeck erstattete Genosse Brauer-Richtenberg Bericht. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegierten auf dem Parteitag einverstanden, wünscht jedoch, daß in Zukunft der Parteitag zur praktischen Arbeit mehr Zeit verwenden und nicht den Akademikern den größten Teil der Zeit überlassen möge. In der Accordmurer-Angelegenheit ist die Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden.“ Hierauf erstattete der Vertrauensmann Genosse Schoof Bericht über seine Tätigkeit. Derselbe hatte eine Einnahme von 296,78 M. und eine Ausgabe von 222,97 M., mithin blieb ein Bestand von 13,81 M., außerdem wurden an den Kreis an Baus und Listen-geldern 169,95 M. abgeführt. Versammlungen wurden sieben abgehalten.

Auf den Petitionslisten gegen den Brotwucher hatte Stralau inkl. Ortshaften 1500 Unterschriften zu verzeichnen. Dem Vertrauensmann wurde Decharge erteilt. Hierauf gab der Kassierer Rüge den Kassenbericht. Derselbe hatte eine Einnahme von 229,11 M. und eine Ausgabe von 128,96 M., mithin Bestand 100,15 M. Demselben wurde ebenfalls Decharge erteilt.

Kidamun wurden die Wahlen vorgenommen. Da der bisherige Vertrauensmann ablehnte, weil er das Amt schon zwei Jahre verwaltet hatte, so wurde Genosse E. Bernsdorf an dessen Stelle gewählt. Zur Lokalkommission wurden die Genossen Ernst Kaufhold, Franz Wiskendorf und Richard Fiege gewählt. Es folgten dann die Wahlen des Vorstandes: Wilhelm Schoof, 1. Vorsitzender, Emil Bernsdorf, 2. Vorsitzender, Adolf Wredes, Schriftführer, Gustav Rüge, Kassierer; als Revisoren Heinrich Krumm, Rudolf Hamann und Joachim Schütt. Den Kassierer wurde zu gleicher Zeit die Revision des Vertrauensmannes übertragen. Als Delegierte zur Kreis-konferenz wurden die Genossen Heinrich Krumm, Ferdinand Hallwag und Gustav Rüge gewählt.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichshagen hielt am 19. Oktober eine Mitgliederversammlung ab. Der Vertrauensmann Sonnenburg gab den Bericht über seine Tätigkeit. Er hatte eine Einnahme von 347,80 M., eine Ausgabe von 276,95 M. (darunter 50 M. an den Kreisvertrauensmann). Genosse Sonnenburg wurde als Vertrauensmann wiedergewählt. Ferner wurden gewählt als Revisoren Köhler, Schmidt, Tobias, in die Lokalkommission Leischner, Hübler, Jädel, als Delegierte zur Kreis-konferenz Holzhütter, Kramm, Köhler. — Hierauf erstattete Genosse Friedrichshagen den Bericht vom Parteitag, dem die Versammlung zustimmte. — Die Petitionslisten gegen den Zolltarif liegen noch zum Einzeichnen in folgenden Lokalen aus: Kramm, Scharnweberstr. 24, Linde, Friedrichstr. 119, Rumpff, Friedrichstr. 73.

## Letzte Nachrichten und Deyeschen.

Wien, 24. Oktober. (W. Z. W.) Abgeordneter Haus. Nach längerer Debatte wurde die Dringlichkeit des Antrages Seib, betreffend die Bänderung der durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Notlage angenommen und der Antrag dem sozialpolitischen Ausschuß überwießen. Im Verlauf der Debatte erklärte Ministerpräsident v. Koerber, die Regierung sei bereit, jede taugliche Arbeitsgelegenheit zu beschaffen und sich angelegentlich zu bemühen, keinen Rußland auskommen zu lassen. (Beifall.) Nächste Sitzung morgen.

Wien, 24. Oktober. (W. Z. W.) Von einem Bräutlingskorrespondenten. Die Neue Freie Presse meldet, Ministerpräsident v. Körber werde sich am Sonnabendabend nach Venedig begeben, um dem Kaiser über die parlamentarische Lage Bericht zu erstatten. Sollten seitens der Parteien die Hindernisse, welche sich der Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses entgegenstellen, nicht beseitigt würden, dann sehe sich der Ministerpräsident, wie er einer Reihe von Parlamentariern erklärt habe, entschlossen, seine Demission zu geben. In diesem Falle würde an maßgebendster Stelle selbstverständlich auch die Eventualität der Auflösung eines nicht arbeitswilligen Hauses erwoogen werden.

Budapest, 24. Oktober. (W. Z. W.) Der Minister hat mit Rücksicht auf die Stockung in verschiedenen Industriezweigen beschlossen, Eisenbahnwagen und Wägenkonstruktionen im Betrage von 45 Millionen Kronen in Auftrag zu geben.

Peking, 24. Oktober. (Wiedung des Reuterschen Bureaus.) Rußland und Japan verhandeln mit den chinesischen Bevollmächtigten über Konzessionen in Shanghai, welche an die französischen und englischen Konzessionen grenzen sollen. Man glaubt, daß die Verhandlungen zum Ziele führen werden.



Partei-Nachrichten.

Wirklich Verdienend.

Am Mittwochnachmittag ließ die Leiche Karl Wirklich in Zürich beerdigt werden. Die Leiche war ausgehört im Vereinshaus des Gräblichvereins in der Säbingerstraße. Die nächsten Angehörigen wünschten keine Anwesenheit, trotzdem schmückten den Sarg zahlreiche reichgehaltene Kränze mit Schleifen, die passende Widmungen trugen, und zwar von den Arbeiterinnen Zürichs, socialdemokratischen Stadtrats- und Kantonsrats-Fractionen, vom Parteivorstand der socialdemokratischen Partei Deutschlands sowie von der socialdemokratischen Fraction des Reichstags, vom Centralcomitee des Schweizerischen Gräblichvereins, von den russischen Genossen und andern. Im Leichenzuge wurden 16 schwarzumfahnte Vereinsfähnen der Arbeiter-Organisationen mitgeführt.

Vor dem Katastroph auf den Stufen, die zum Arsenatorium führen, hielt Genosse Grenlich dem langjährigen Freunde und Parteigenossen die Gedächtnisrede, in der er mit den warmen Herzensworten des Freundes und Mitstreiters den Lebenslauf und das thätensreiche Wirken des Verstorbenen schilderte. Wir entnehmen der Rede noch einige interessante Thatfachen.

Karl Wirklich war in Zürich als der Sohn des reichen Seidenfabrikanten und Obersten Wirklich geboren und überaus streng nach der damaligen Weise der Zürcher aristokratischen Familien erzogen. Als 17jähriger Jüngling war er Jenge des bekannnten, gegen David Strauss und die liberale Regierung gerichteten konservativen Putsches, dem sein Vater als Mitglied des Staudenkomitees kräftig Vorschub leistete.

In Paris, wohin ihn seine Wanderungen als Handwerksgehilfe geführt hatten, verblüffte er seine von Haus aus gute Schulbildung durch Versuch wissenschaftlicher Vorlesungen über Physik und Astronomie. Dabei lernte er auch einen Medizin studierenden Regier aus Guedelupe kennen, der ihn auf Fortiers Ideen aufmerksam machte. Nachdem er 1848 in seine Heimat zurückgekehrt war, gründete er in Gemeinshaft mit einem andern eine Gerberei, aus der er jedoch bald austrat, um sich ganz öffentlichen Angelegenheiten zu widmen. Er schuf auch den ersten Konsumverein in Zürich.

Nach seiner Rückkehr aus Amerika nahm er auch bald seine öffentliche Thätigkeit in Zürich wieder auf und wurde zum begeisterten Führer der jungen Arbeiterbewegung.

Grenlich erwähnte auch die militärchristliche Thätigkeit Wirklichs, der als der alte Landwehrhauptmann berühmt wurde und den Friedrich Albert Lange das Generalfeldgenie im Landwehrmittel nannte.

In wenigen Wochen wollten die Genossen in Zürich eine Feier zur Erinnerung an seinen am 23. November 1851 erfolgten Eintritt in den Kantonsrat veranstalten, Wirklich aber wollte aufs Land zu seiner Adoptivtochter, um sich frisch zu stärken und im nächsten Frühjahr in frischer Kraft die Feier mitmachen zu können. Es hat leider nicht sollen sein, eine Lungenentzündung machte dem Leben des immer noch rüstigen und geistesfrischen Genossen unerwartet schnell ein Ende. „Deine Gedanken, an die Du geknüpft, werden fortleben und verwirklicht werden. Fahre wohl, lieber Freund!“

Im Anschlusse hieran legten noch Kränze nieder und hielten kurze Ansprachen Genosse Manz im Auftrag des Parteivorstandes in Berlin und der socialdemokratischen Reichstagsfraction, Professor Erdmann namens der Arbeiterunion Zürich und Axelrod namens der russischen Genossen. Im Arsenatorium wurde hierauf die sterbliche Hülle unseres Genossen aufgelöst, aber sein Andenken wird fortleben in der socialdemokratischen Welt.

Totenliste der Partei. In New York starb am 12. Oktober, wie wir der „New Yorker Volkszeitung“ entnehmen, der Parteigenosse Julius Grünzig, seit 1884 Mitredacteur dieses Blattes.

Der Verstorbene wurde 1855 als Sohn wohlhabender Eltern in Berlin geboren. Als Primaner wurde er vom Gymnasium Prenzlau wegen Verbreitung socialistischer Schriften relegiert. Er widmete sich dann dem Versicherungswesen. Ende 1879 wurde er als einer der ersten Opfer des Socialistengesetzes wegen Verbreitung socialistischer Schriften und Geldsammlungen für die Ausgewiesenen verhaftet und im Februar 1880 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er ging dann nach Paris, kehrte 1882 wieder nach Berlin zurück und wollte sich an der hiesigen Universität immatrikulieren auf Grund seines in Paris erlangten Abituriatengrads. Er wurde jedoch unter dem Rektorat Dubois-Reymonds auf Grund seiner Verhaftung abgewiesen.

Am 8. Mai 1888 wurde er wegen eines Hochs auf die Socialdemokratie, das er in einer Volksversammlung ausbrachte, ausgewiesen. Er ging dann nach Amerika und trat bald in die Redaktion unseres New Yorker Parteiblattes ein, der er bis zu seinem Tode angehörte.

Ein Schlagfluß machte seinem Leben im kräftigsten Mannesalter ein Ende. Unser New Yorker Parteiblatt widmet ihm einen herzlichen Nachruf und hebt seine Charakterstärke und unwandelbare Ueberzeugungstreue sowie die Bescheidenheit hervor, die ihn trotz seiner bedeutenden Thätigkeit auszeichnete und ihn zu einem lebenswürdigen Menschen machte.

Das Agitationscomitee für das westliche Westfalen veröffentlicht seinen Thätigkeitsbericht, der dem nächsten Provinz-Parteitag vorgelegt werden soll. Den Hauptteil des Berichtes nehmen die Klagen über die abwechslungsreiche Reihe behördlicher Maßnahmen ein, die zur Verhinderung der Arbeiterbewegung in immer neuen Variationen erfinden werden. Trotzdem hat es das Comitee fertiggebracht, 95 Versammlungen zu veranstalten und 240 000 Flugblätter zu verbreiten zu lassen. Außerdem kamen 20 000 Agitations-Kalender zur Verbreitung. Die Petitionen gegen den Protivucher sind einzig herumgegeben worden und dürften eine gewaltige Zahl Unterschriften gefunden haben. Eine Agitation zur Gewinnung der Frauen ist noch immer an behördlichen Maßregeln gescheitert. Auch der so nötigen Agitation unter der zahlreichen polnischen Bevölkerung des Ruhrreviers haben sich bisher große Schwierigkeiten entgegengestellt.

Der Bericht befaßt sich auch in scharf tadelnder Weise mit dem Unternehmens eines Teils der Genossen im Wahlkreis Recklinghausen gegen den Willen der maßgebenden Parteiorgane eine eigene Zeitung zu gründen. Das Blatt wurde am 1. Januar herausgegeben, hat aber nur fünf Nummern erlebt; am durchaus falschen Berechnungen und Voraussetzungen ging es wieder zu Grunde und verursachte nichts als schwere Opfer. Dieser Tadel ist durchaus gerechtfertigt.

Die Einnahmen des Comitees betragen 1508 M., wovon 600 M. vom Hauptvorstande. Ausgegeben wurden 1484 M. Das Comitee hebt scharf hervor, daß ihm die Wahlkreise mehr Mittel zuführen müßten, wenn es so große Gebiete entsprechend bearbeiten soll.

Die Genoss Genossen, die bisher in verschiedene Gruppen zerstückelt waren, haben sich jetzt geeinigt. Die socialistische Arbeiterpartei, die socialdemokratische Partei, die Gräblichgruppe und die Reformer Socialisten hielten eine gemeinsame Versammlung ab, in der sie sich auf eine gemeinsame Kandidatenliste in sämtlichen Wahlkreisen auf die am 10. November stattfindenden Kantonsratswahlen hin einigten. Diese Einigung darf man jedenfalls auch als einen Erfolg der Solothurner Parteitage betrachten.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Das Wohl der arbeitenden Klasse.

In Waldenburg in Schlesien besteht ein Verein zur Förderung des Wohls der arbeitenden Klassen, dessen Thätigkeit in der Verteilung von Nähmaschinen und sonstiger Gebrauchsgegenstände an Arme besteht. Diesen Verein hatte der Genosse Franz Kläh in

Breslau in der von ihm redigierten „Wahrheit“ in schänder Verleumdung des wahren Wohles der Arbeiterklasse einen „Verein zur Förderung des Wohl der arbeitenden Klassen“ bezeichnet.

Vorstand und Mitglieder des Vereins fühlten sich dadurch beleidigt und Kläh wurde im Verlaufe der deswegen angestregten Beleidigungsklage, die der Staatsanwalt von Amis wegen vertrat, und die vor der Strafkammer in Breslau verhandelt wurde, zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Das Urteil hat ein gewisses socialpsychologisches Interesse. Es ist der Ausdruck der Anschauung, daß derjenige nicht auf die volle öffentliche Achtung Anspruch machen kann, der das Wohl der Arbeiterklasse nicht fördert; daß es mindestens eine Herabsetzung in der öffentlichen Achtung bedeutet, wenn man von jemand behauptet, er wolle gegen das Wohl der Arbeiterklasse. Und zwar eine schwere Herabsetzung, die im öffentlichen Interesse verfolgt werden muß und so schwere Sühne verdient, daß nur die Strafkammer zuständig ist zu solchem Urteil. Das ist eine Wertung des Wohls der Arbeiterklasse und eine Konstatierung der Pflicht zu seiner Förderung, deren wir uns aufrichtig freuen.

Wie tief sinkt angefaßtes solches Urteils eine Regierung in der öffentlichen Achtung, und wie tief Parteien, die eben drauf und dran sind, der Arbeiterklasse ihre wichtigsten Lebensmittel mit schweren Auflagen zu belasten, ihr die dürftige Nahrung schwer zu verteuern! Wer gegen das Wohl der Arbeiterklasse wirkt, ist der öffentlichen Achtung nicht würdig!

Wir wünschen, daß die Auffassung der Breslauer Richter und des Breslauer Staatsanwalts, der das Wohl der Arbeiterklasse noch höher einschätzte und drei Monate Gefängnis beantragte, zu allgemeinem herrschenden werde.

Freilich vermessen wir in dem Urteil eine wichtige Feststellung, nämlich die, ob die Bestrebungen des fraglichen Vereins wirklich geeignet sind, das Wohl der Arbeiterklasse zu fördern. Solcher Feststellung kam sich das Gericht bei seinen Anschauungen doch nicht gut entschlagen, sonst kommt es in die schiefste Lage, als die Heuchelei, die heute mit den Worten „Förderung des Wohls der arbeitenden Klasse“ getrieben wird und die ein hervorstrahlendes Kennzeichen unsrer Zeit ist, mit seiner Autorität zu decken; es kommt in die Lage, als Beleidigung zu strafen, was nur die richtige Benennung für ein Treiben ist, dem heute gar viele Leute heuligen unter der falschen Flagge der Förderung des Wohls der Arbeiterklasse; teils, weil es ein Modelort ist, meist aber, um damit den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen und sie dann um so ungeförter schröpfen zu können.

In der (roten) Tinte.

Der Vorsitzende des socialdemokratischen Vereins in Reichenbach (Niederbarnim), Genosse Siebow erhebt, wie die „Rätsische Volksstimme“ meldet, von der Ortspolizeibehörde von Viktoria bei Fritzenwalde folgenden unflätigen Strafbesehl:

„Sie haben am 21. Oktober 1901 als Vorsteher des socialdemokratischen Wahlvereins von Reichenbach wiederholt Redungen bezw. Anzeigen an die untergeordnete Polizeibehörde gerichtet, die provokatorischerweise mit roter Tinte geschrieben waren, und dadurch groben Unfug verübt.“

Da sitzt er nun denn in seiner roten Tinte, dieser Ueberrevolutionär! Was wird er nun machen? Wird er den revolutionären roten Saft weggießen und sich polizeistromme schwarze Tinte anschaffen?

Wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen war gegen den Genossen Wendit-Posen ein Strafverfahren eingeleitet worden. Genosse Wendit hatte in einer Versammlung u. a. die Behauptung aufgestellt, daß Posener Polizeibeamte in geschwätziger Weise vorgehen. Der Polizeipräsident hatte deswegen Strafantrag gestellt; das Strafverfahren ist jetzt eingestellt worden, nachdem Genosse Wendit sich erboten hatte, den Beweis der Wahrheitsangutreten und sich auf den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) berufen hatte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Treibriemen-Sattler sind kürzlich durch eine vom Sattlerverband veranstaltete Erhebung festgestellt worden. Aus derselben ergibt sich, daß in Berlin 177 Sattler (gegen 180 im vorigen Jahre) auf Treibriemen arbeiten. Die Erhebungen erstreckten sich auf 20 Werkstätten mit 143 Arbeitern, von denen 104 in Lohn beschäftigt waren. Von diesen verdienten pro Woche: 4 Arbeiter je 19,50 M., 7 je 20 M., 13 je 21 M., 11 je 22 M., 2 je 22,50 M., 10 je 23 M., 30 je 24 M., 10 je 25 M., 4 je 25,50 M., 3 je 26 M., 4 je 27 M., 3 je 28 M., 3 je 30 M. Der Durchschnittslohn betrug mithin 23,45 Mark (gegen 23.— M. im Vorjahr). Diese geringfügige Aufbesserung steht in keinem Verhältnis zu den Mehrausgaben, die den Arbeitern infolge der erhöhten Mieten und Lebensmittelpreise erwachsen.

Der Durchschnittslohn der Recordarbeiter hat sich im allgemeinen nicht geändert, auch die Löhne der Hiffarbeiter sind auf dem seitherigen Tiefstande verblieben. Die Löhne der Werkführer bewegen sich zwischen 80 und 40 M.

Bei der Arbeitszeit ist eine geringfügige Verbesserung eingetreten. Während im Vorjahre 1 1/2 Proz. 9 Stunden, 15 Proz. 9 1/2 Stunden und 83 1/2 Proz. 10 Stunden arbeiteten, sind die entsprechenden Zahlen in diesem Jahre 8, 27 und 70 Proz., eine kleine Verschiebung, die aber weniger auf Konto von Verbesserungen als auf genaue Feststellung zu legen ist.

Von den 143 Arbeitern, die die Fragebogen ausgefüllt haben, sind 68 organisiert. — Es ist gewiß kein glänzendes Bild, welches sich aus dem Vorstehenden über die Lage der Treibriemen-Sattler ergibt.

Die Eisen- und Metallformer Berlins erklärten sich durch Beschluß einer am 20. d. M. abgehaltenen Versammlung mit der Verschmelzung des Centralvereins der Former mit dem Metallarbeiter-Verband einverstanden. Zur Vertretung der örtlichen und erforderlichenfalls auch der auswärtigen Agitation wurde eine Kommission von 8 Metall- und 8 Eisenformern eingesetzt. Der lokale Fonds soll Eigentum der Berliner Former bleiben und der Pflege der internationalen Beziehungen sowie der Agitation dienen.

Die Streikkommission der Stralauer Glaserarbeiter ersucht alle diejenigen, welche noch im Besitze von Sammellisten vom Streikkomitee Stralau sind, dieselben baldigst an folgende Adressen abzuliefern:

In Rummelsburg: Richard Ebert, Schillerstr. 21, I. C. Veulling, Ede Kant- und Goethestraße.  
In Stralau: Ferdinand Halwach, Stralau, Alt-Stralau 40, 4 Treppen.

Deutsches Reich.

Zum Konflikt in der Leipziger Holzindustrie.

Die Differenzen bei der Firma Schütz sind, nachdem verschiedene Verhandlungen stattgefunden haben, nunmehr beigelegt. Am Mittwoch haben sämtliche Ausständigen, soweit sie nicht bereits abgereist waren oder andere Arbeitsplätze gefunden haben, die Arbeit zu den seitherigen Stundenlöhnen wieder aufgenommen.

Am Montag hat eine Versammlung der Leipziger Tischler- und Holzarbeiter-Verbande beschlossen, am 20. Oktober sämtliche Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes auszusperrern, wenn nicht bis zum 25. Oktober die Differenzen bei Schütz und den übrigen Arbeitgebern erledigt sind. Da inzwischen der Konflikt bei Schütz beigelegt ist, so fehlt der Hauptgrund zur allgemeinen Aussperrung, und der Beschluß der Jmmung, der wohl nur ein Schreckschuß sein sollte, dürfte unausgeführt bleiben.

Der Ausstand der Nordhäuser Tabakarbeiter ist, wie der „Berliner Zeitung“ aus Nordhausen telegraphiert wird, am Donnerstag seitens der Streik-Kommission als beendet erklärt. Die Bestätigung dieser Nachricht von gewerkschaftlicher Seite bleibt abzuwarten.

Ein Friedensrichter — bestraft! Als in Raststedt ein Weinarbeiter-Streik ausgebrochen war, begab sich Polorny aus Juidau, der gerade auf einer Agitationstour in der dortigen Gegend begriffen war, und von dem Streik hörte, an den Streikort, um auf die Beilegung des Ausstandes hinzuwirken. In einem Lokal traf Polorny eine Anzahl der streikenden Bergleute, später fanden sich auch zwei Gendarmen daselbst ein. Polorny ließ sich die Ursachen des Streiks erzählen und gab dann den Ausständigen den Rat, die Arbeit wieder aufzunehmen. „Leute“ — sagte er — „macht keine Dummeitern, fahrt an, da Ihr sonst Kontraktbrüchig werdet! So dumm tritt man nicht in den Streik!“ — Bei diesen Worten trat einer der Gendarmen in Aktion und sprach die Auflösung der — nicht angemeldeten — Versammlung (!) aus. Polorny, der sich weigerte, der Aufforderung des Beamten gemäß das Lokal zu verlassen, weil diese Aufforderung, da eine Versammlung nicht stattgefunden hatte, unbegründet war, erhielt ebenso wie der Gastwirt eine Strafverfügung über 40 M. — Zwar konnten die Gendarmen vor Gericht nichts angeben, was darauf schließen läßt, daß eine meldepflichtige Versammlung abgehalten worden sei, aber das Schöffengericht in Raststedt nahm doch an, daß eine Versammlung stattgefunden habe und befälligte die verfügte Strafe. So haben wir hier also den gewiß eigentümlichen Fall, daß nicht ein „Streikführer“, sondern jemand der von einem Streik abtrat und die Streikenden zur Aufnahme der Arbeit ermahnt, bestraft worden ist lediglich deshalb, weil eine vereinsgesetzliche Formalität, zu deren Erfüllung im vorliegenden Falle wahrscheinlich gar keine Verpflichtung vorlag, nicht beobachtet worden ist. Die Angelegenheit wird noch das Landgericht Halberstadt als Berufungsinstanz beschäftigen.

Die Lohnbewegung des elsass-lothringischen Buchdrucker-Verbandes, die in den Städten Straßburg, Colmar und Metz erfolgreich verlaufen ist, endigte in Müllhausen und Gebweiler mit einem Mißerfolg.

Gerichtliche Nachspiele zum Krefelder Sammelstickerstreik. Der Geschäftsführer der Krefelder Filiale des deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Genosse Paulsen, hat bekanntlich 6 Wochen in Untersuchungshaft zubringen müssen, weil er sich in einem Flugblatt der Aufreizung schuldig gemacht haben sollte. Am Dienstag kam diese Angelegenheit vor der Strafkammer zur Verhandlung. Paulsen wurde zu 2 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. — Ein anderer Führer der Streiks, Flieger, sowie der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, Eigerodt, waren beide der Beleidigung von Streikführern und des Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung angeklagt. Beide Strafakten sollen durch Versammlungsreden begangen sein. Die Anklage stützte sich wesentlich auf Berichte ultramontaner Zeitungen. Beide Angeklagte wurden zu je 30 M. wegen einfacher Beleidigung verurteilt. Die Anklage aus § 153 der Gewerbe-Ordnung erwies sich als unhaltbar.

Ausland.

Spanische Gewerkschaftsbewegung. Die zur „General-Union der Arbeiter“ vereinigten spanischen Gewerkschaften, die das Programm der socialistischen Arbeiterpartei anerkennen — neben den socialistischen gibt es in Spanien kerikale und anarchische Gewerkschaftsverbände — veröffentlichten in ihrer Uebersicht über das letzte Geschäftsjahr, die wiederum eine erfreuliche Zunahme der Sektionen und der Mitgliederzahl konstatieren. Während im September v. J. der Verband nur 126 Sektionen (Vokal-Nachvereine) mit 26 088 Mitgliedern umfaßte, hatte er im letzten September 198 Sektionen mit 31 558 Mitgliedern. Allerdings war im Jahre 1899/1900 die Zunahme der Mitgliederzahl noch eine weit stärkere; sie stieg von 15 284 auf 29 833, doch hat auch das spanische Wirtschaftsleben in diesem Jahre sehr unter Geschäftslage und Arbeitslosigkeit zu leiden.

Am stärksten ist die socialistische Gewerkschaftsbewegung in Kastilien, besonders dessen Hauptstadt Madrid, in welcher der Verband allein 30 Sektionen mit 10 788 Mitgliedern hat; dann folgen die Baskischen Provinzen und Asturien. Im industriellen Katalonien hat die Bewegung nur geringen Boden gewonnen; die meisten der dortigen gewerkschaftlichen Vereine bekennen sich zum Anarchismus. Es hatten zu Ende vorigen Monats:

Kastilien	77 Sektionen mit 18 562 Mitgliedern
Baskische Provinzen	57 „ „ 3 018 „
Asturien	21 „ „ 4 228 „
Katalonien	17 „ „ 2 443 „
Balencia	15 „ „ 2 308 „
Sizilien	14 „ „ 1 788 „
Balearen	7 „ „ 742 „
Andalusien	7 „ „ 855 „
Aragonen	3 „ „ 117 „

Bedeutend ist die Anzahl der im letzten Jahr ausgefochtenen Streiks, besonders seit März. Bei den 84 Streiks, die in diesem Zeitraum stattfanden, handelte es sich in 12 Fällen um Lohn-erhöhungen, in 9 um Verkürzung der Arbeitszeit, in 8 um widerrechtliche Arbeiterentlassungen; die übrigen Fälle betrafen die Abwehr von Eingriffen in das Koalitionsrecht, von Lohnverkürzungen, neuer verschärfter Arbeitsordnungen usw. Mit völligem Sieg endeten 12 Streiks, 6 gingen verloren, 6 wurden durch Vergleich geschlichtet; die übrigen schweben noch.

Aus der Schweiz. In den Fabriken für Erzeugung goldener Uhrenschalen in Chaux de Fonds haben 200 Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer es ablehnten, mit ihnen über ein neues Fabrikreglement zu verhandeln und den von der Gewerkschaft ausgehandelten Tarif zu acceptieren. In zwei Fabriken ist nach der Verbilligung der Arbeiterforderungen die Arbeit wieder aufgenommen worden, in 14 Fabriken dauert der Streik fort. — In Lavorgo (Kanton Tessin) streiken die Steinbrucharbeiter.

Sociales.

Die Hamburgische Bürgerschaft nahm eine Vorlage auf Errichtung einer Detailisten-Kammer an, die die Interessen der Detailisten in Hamburg wahrnehmen soll. Unser Genosse Stolten verfaßte verschiedene Verbesserungen in die Vorlage hineinzufragen, hatte damit jedoch nur in einem Punkte Erfolg. Im § 8 der Vorlage, wie sie aus den Ausschüßberatungen hervorgegangen war, war nämlich bestimmt, daß alle Personen, gegen die öffentliche Anklage wegen eines Vergehens oder Verbrechens erhoben ist, während der Dauer des Verfahrens, und alle Personen, die wegen eines Verbrechens oder Vergehens zu Freiheitsstrafe verurteilt sind, das Wahlrecht verlieren sollten. Bei Verurteilungen sollte die Kammer das Recht haben, nach freiem Ermessen Ausnahmen zu machen. Genosse Stolten wandte sich gegen diese ganze Bestimmung und beantragte, sie zu streichen. Es könne jedem Wechsler passieren, daß er einmal angeklagt und verurteilt würde. Sei doch



Jogar schon ein Hamburgischer Senator wegen des Vergehens der Beleidigung (Bürgermeister Dr. Bachmann wegen Beleidigung des jetzt in Charlottenburg wohnenden Parteigenossen Dr. A. Berthold) verurteilt worden. Die Argumente Stollens schlugen durch und sein Antrag wurde angenommen. Im übrigen scheiterten seine Verbesserungsvorschläge an dem Streben der Majorität, die Detailisten-Kammer davor zu schützen, daß möglicherweise ein Socialdemokrat in ihr Platz nehmen könnte. Es blieb dabei, daß das Wahlrecht nur die Detailisten haben, die Hamburger Bürger sind und mindestens 5 Jahre selbständig ein Detailgeschäft betreiben. Genosse Stollen hatte das Wahlrecht für alle Reichsangehörigen verlangt, die mindestens 6 Monate ein Klein-Handelsgeschäft betreiben. Es blieb auch dabei, daß die neu zu schaffende Kammer bei jeder später frei werdenden Stelle in derselben einen Wahlauslag von drei Personen machen soll, an den die Wähler gebunden sind (eine Specialität der drei deutschen „Republiken“, die bei den Senatwahlen in ähnlicher Weise in Gebrauch ist), so daß also niemand in die Kammer gewählt werden kann, den dieselbe nicht in ihrer Mitte zu haben wünscht. Das kommt natürlich einer Selbstergänzung der Kammer völlig gleich und die ganze Wahl ist nur eine Farce. Für die Beilegung des bindenden Wahlauslages stimmten außer den Antragstellern die drei Antiseniten und etwa ein Duzend Mitglieder der Linken.

Mit der Annahme dieser Vorlage hat Hamburg eine Handels-Kammer, Gewerbelammer und Detailistenkammer, so daß Großhandel, Industrie, Gewerbe und Kleinhandel vertreten sind. Es fehlen die Arbeiter. Genosse Stollen hat nun in der Bürgerkammer den Antrag gestellt, den Senat zu ersuchen, möglichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den in der Form einer Arbeiterkammer auch für die Arbeiterkammer Hamburgs eine öffentlich-rechtliche Vertretung geschaffen wird. Der Antrag kommt demnächst zur Beratung und wird sicher die „Arbeiterfreundlichkeit“ und die Sozialistenfurcht der Herren Bürgerkammermitglieder wieder im schönsten Lichte zeigen.

**Große Arbeitslosigkeit** herrscht gegenwärtig auch in Norwegen, und besonders auch in Christiania. Auf dem hauptstädtischen Arbeitsnachweis haben sich im Monat September in der Abteilung für Männer 1222 Arbeitslose gemeldet und nur 344 offene Stellen wurden angemeldet. In den verschiedenen Erwerbszweigen war das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften wie folgt: Landwirtschaft und Forstwirtschaft 61 und 28; Metall- und Maschinen-Industrie 164 und 24; Holzwaren-Industrie 38 und 6; Baugewerbe 141 und 53; Nahrungs- und Genussmittel 32 und 0; Landtransport 308 und 95; Wasser-Transport (Seefahrt) 42 und 0; ungelernete Arbeiter 236 und 78. — In der Abteilung für Frauen betrug die Anzahl der Arbeitsuchenden 498, die der offenen Stellen 550; besetzt wurden 325 Stellen. „Obgleich es ein großes Glück ist,“ heißt es in dem offiziellen Bericht, „daß alle Außenarbeit durch das milde Herbstwetter begünstigt wird, so ist es leider wahrheitsgemäß, daß die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter gerade so groß sein wird als im vorigen Jahre. In September 1900 kamen laut Statistik des Arbeitsnachweises auf je 100 Arbeitsuchende 30,4 offene Stellen, im selben Monat dieses Jahres ist der Prozentsatz nur 28,1. Auch die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern war in diesem Jahre während der Ernte geringer als früher; auch hier meldeten sich mehr Arbeiter als Arbeitgeber.“

## Aus der Frauenbewegung.

### Ueber die Gemeindevahlen und die Frauen

Sprach Stadtvorordneter Dr. Curt Freudenberg in einer von den socialdemokratischen Frauen einberufenen Versammlung, die am Mittwoch im Gewerkschaftshause tagte. Redner führte aus: Obwohl den Frauen das Wahlrecht fehle, seien sie doch an den Gemeindevahlen in hohem Maße interessiert. Für sie als Bürgerinnen sowie als Ehefrauen und Mütter ständen in der Gemeindevverwaltung wichtige Aufgaben auf dem Spiele. Auf dem Gebiete der Gesundheitspflege sei für die Frau noch schlechter gefordert als für den proletarischen Mann. Alle städtischen Krankenhäuser entbehren einer besonderen Abteilung für Frauenkrankheiten und für die Geburtshilfe. Bis her mühten die Frauen die Charité und die Frauenklinik in der Fiegestraße, also königliche Institute, benutzen. Erst das neu zu errichtende vierte städtische Krankenhaus an der Seestraße solle solche Abteilungen erhalten. Man denke ferner an die Vernachlässigung der Frauen auf dem Gebiete der öffentlichen Bedürfnisanstalten. Weit stärker werde die Frau als Ehefrau und Mutter von den Sünden unserer liberalen Verwaltung betroffen. So habe die Gemeinde gegenüber der enormen Säuglingssterblichkeit nichts gethan, was hätte helfen können. Die Socialdemokraten hätten eine weitgehende Fürsorge für die alleinlebende Frauen angeregt, die ihrer Entbindung entgegenkämen. Auch für eine ausreichende Versorgung nach der Entbindung sei man eingetreten, sowie für die Organisation der Arbeit der füllenden Mütter durch die Gemeinde. Die Gemeinde sollte weiter für gute und billige Milch sorgen und Milchschapparate unentgeltlich oder für billiges Geld zur Verfügung stellen. Die Stadtvorordneten-Versammlung habe wenigstens mit dem Magistrat darüber in gemeinsamer Deputation verhandeln wollen. Stadtrat Strachmann hätte indessen alsbald erklärt, der Magistrat würde wohl nicht darauf eingehen; mit der großen Säuglingssterblichkeit mühte man als mit etwas Unabänderlichem rechnen. — Die Vorgänge im Elisabeth-Kinderkrankenhause, über die der Magistratsdecernent, Stadtrat Strachmann, nicht einmal richtig informiert gewesen sei, liehen wieder einmal erkennen, daß die Privatwohltätigkeit hier nicht ausreichte. Das wäre auch so ein Zeichen der socialen Rückständigkeit unserer städtischen Verwaltung, daß man die Schaffung von Kinderkrankenhäusern der privaten Wohltätigkeit überlasse. Redner schilderte dann das Verhalten des Kommunalfreiwilens gegenüber der Schulwesen, der Wohnungsnot, der Kohlennot usw., um zu zeigen, wie die Frauen in den mannigfaltigsten Beziehungen unter der Rückständigkeit unserer städtischen Verwaltung, unter den ungenügenden socialen Leistungen der Gemeinde zu leiden hätten. Was ihnen möglich, mühten sie thun, um für Abhilfe zu sorgen. Sie könnten praktisch bei der Wahl mitarbeiten und sollten die Männer zur Beteiligung anfeuern. Meist dürfte heute noch das Gegenteil der Fall sein, weil die große Masse der Frauen noch nicht über ihr Interesse belehrt sei. Deshalb mühten die anwesenden Frauen die noch fernstehenden aufklären. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossinnen Wengels, Vaader und Heidemann im Sinne des Referats.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Mitglieder, welche noch Urania-Billets in Händen haben, werden gebeten, dieselben bis Sonntag, den 27. Oktober, an Frau Gerndt, Blumenstr. 26, gelangen zu lassen. Billets, die bis dahin nicht abgeliefert sind, gelten als verkauft.

**Marktpreise von Berlin am 23. Oktober 1901**  
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	14,40	13,60	Rartoffeln, neue, D-Grt.	8,—	5,—
„ mittel	13,50	12,80	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,70	1,20
„ gering	12,70	12,—	„ do. Bauch	1,40	1,—
Woggen, gut	16,20	15,40	Schweinefleisch	1,60	1,30
„ mittel	15,30	14,60	Rindfleisch	1,80	1,10
„ gering	14,50	13,80	Dammelfleisch	1,60	1,—
* Gerste, gut	14,40	13,60	Butter	2,80	2,—
„ mittel	13,50	12,80	„ 60 Stk	5,00	2,40
„ gering	12,70	12,—	Karotten 1 kg	2,20	1,20
* Hafer, gut	16,20	15,40	Kale	2,50	1,20
„ mittel	15,30	14,60	Banden	2,60	1,20
„ gering	14,50	13,80	Beckete	2,00	1,00
Rübspross	7,31	7,—	Barste	1,80	0,80
Heu	8,50	6,—	Schleie	2,80	1,20
Erbsen	40,—	25,—	Steie	1,40	0,80
Speisebohnen	50,—	25,—	Kreife	per Scho	18,—
Linien	60,—	30,—			

**Produktenmarkt vom 24. Oktober.** Die Grundtendenz des Getreidemarktes war im Anschluß an höheres Oestreich-Ungarn und Amerika ziemlich fest, und die allerdings meist nominalem Preissteigerungen für Weizen und Roggen zeigten Erhöhungen von 1/2 bis 1/2 M. Das Effektivgeschäft läßt infolge mangelnder Inlandsfrage viel zu wünschen übrig. Trotzdem vermochte das reichlich vorhandene Warenangebot einen Preisdruck nicht auszuüben, denn es bechränkte sich im wesentlichen auf Donauroggen, der wegen ungenügender Qualität nicht gern gekauft wird. Südwestliche Ware war knapp, amerikanischer Weizen nicht rentabel. Weizen war im Preise unverändert. Am Futtermarkte war Locobaler bill und unerändert, Viehsorgen 1/2 M. fester. Rind loco auf Amerika 1 M. gebietet. — Rindfleisch notierte etwas höher als gestern, besonders Oktoberlieferung etwa 1 M. höher, während spätere Lieferungen unter schwachem Preise zu leiden hatten. Spiritus 20 Pf. niedriger, 70er loco 33,30 M.

### Witterungsübersicht vom 24. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C. u. °F.	Stationen	Barometer Hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C. u. °F.
Zwinnende	768,5	SW	3	heiter	9	Charlottenburg	771,0	NO	2	wollos	-2
Hamburg	767,5	SW	3	wollos	8	Hellersburg	774,5	SW	1	hdb. bed.	1
Berlin	769,5	SW	2	wollos	8	Ort	761,5	SW	4	bedekt	11
Frankf./M.	770,5	W	2	bedekt	8	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	771,5	SW	2	bedekt	8	Paris	765,5	SW	2	wollos	2
Wien	772,5	SW	1	bedekt	8						

**Wetter-Prognose für Freitag, den 25. Oktober 1901.**  
Nachts etwas kühler und neblig, am Tage vorwiegend heiter, trocken und ziemlich warm bei mäßigen südwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.  
N. 100. Der Verein vom Roten Kreuz erstreckt sich über ganz Deutschland. Vorsitzender ist Staatsminister Graf Posadowsky-Wehner, Bildhauer 74.  
P. M. Paar, auch paar, paarmaal, paarig, paarren, paarweise usw. Die andre Schreibart gilt als inkorrekt.  
Wolter. Bürgermeister Brunnmann starb am 7. Januar, Oberbürgermeister Jelle am 24. Januar dieses Jahres.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, 25. Oktober.**  
**Opernhaus.** Vorabend-Oper. Zar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Florio und Flavio. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroß).** Geschlossen.  
**Schiller.** Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Ueber unsere Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Sessing.** Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichens.** Sein Doppelgänger. — Vorher: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Das ewig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Wolken.** Der Witzsch. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Secessionstheater.** Delfos Litten-cron's Bunte's Brett. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Die Suppe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Luisen.** Don Carlos. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Weiß.** Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Landstreicher. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Welle-Alliance.** Die Liebesblume. Anfang 8 Uhr.  
**Casino-Theater.** Berlin W — Berlin N. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Specialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Specialitäten-Vorstellung. Weibliche Barbier. Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Theater.** Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.** Specialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Zum Theateraal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.  
**Jubiläumsstraße 57/62.** Täglich abends von 8—10 Uhr: Sternwarte.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Figaros Hochzeit** oder: **Ein toller Tag.**  
Aufspiel in 5 Aufzügen v. Beaumarchais. Für die deutsche Bühne neu überarbeitet und bearbeitet von Franz Dingeldey.  
Sonnenabend 8 Uhr:  
**Hans Huckebein.**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Heimat.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Jugend.**

### Central-Theater.

Heute Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Die Puppe.**  
Operette in 3 Akten von Rudran. Einlage im 1. Akt: „Die freche Katze“ (gedichtet und komponiert von Erich Freyer; Hellmund, gesungen von Ria Werber). — Morgen, Sonnabend: Die Geisha. — Sonntagabend 8 Uhr zu halben Preisen: Die Geisha. Abends 7 1/2 Uhr: Die Puppe. Einlage: „Die freche Katze“.

### Theater Schall und Rauch.

Unter den Linden 44.  
Freitag, den 25. Oktober 1901:  
**Neues Programm!**  
Täglich:  
**Die Gefangene.** — Brettlleiters Höllefahrt. — Ein Geheimnis. — In Vormund-schaftssachen etc.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

### Metropol-Theater.

**Schön war's doch!**  
Gr. Berliner Ausstattungssposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.  
**Emil Thomas a. G.**  
**Joseph Josephi a. D.**  
**H. Bender. G. Kaiser.**  
**Eise de Veré a. D.**  
**Frid-Frid. F. Georgette.**  
Gastspiel:  
**Saharet!**  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

### W. Noacks Theater.

Braunensstraße 16.  
**Maria Stuart.**  
Trauerspiel  
in 5 Aufzügen von Friedr. v. Schiller.  
Sonnabend:  
**Philippine Welser.**

### Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Ueber den Wolken**  
Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

### Passage-Theater.

Abschieds-Vorstellungen  
von  
**Sozo Kühne**  
**Hiasl und Franzl**  
und des glänzenden  
**Oktober-Programms.**  
18 erstkl. Nummern.

### Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.  
**Berliner Rangen!**  
Große Ausstattungssposse mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von H. Leonard.  
Anfang 8 Uhr! Anfang 8 Uhr!  
Sonnabendnachmittag 4 Uhr:  
Kinderdarstellung. Zum letztenmal:  
**Aschenbrödel.**  
In Vorbereitung:  
**Der Märchenbrunnen.**

### Casino-Theater

Lothringerstrasse 39.  
**5 neue Debüts**  
u. a. M. Resteps, zum erstenmal in Berlin. — Die drei reizenden Silvas — Steidl.  
**Berlin N. — Berlin W.**  
Anf. wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu kleinen Preisen:  
**Kabale und Liebe.**

### Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.  
Wiederanstreten von **Adolf Hoffmann.**  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
Nach jeder Soiree: Tanz. Anfang Sonntag 7 Uhr, von 5—7 Uhr Konzeri.  
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gütlich und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

### Apollo-Theater.

Letzte Woche!  
**Frau Luna**  
mit dem Luftballont  
**Grigolatis.**  
Ferner:  
**10 sensation. Specialitäten.**  
Anfang 8 Uhr.  
In Vorbereitung: **König Aqua.**

### Cirkus Schumann

Renz-Gebäude, Karlsruhstr.  
Freitag, 25. Oktober 1901.  
abends präc. 7 1/2 Uhr:  
**Große ansehensvoll. Vorstellung.**  
Koloßaler Erfolg der neu engagierten Specialitäten, u. a.:  
**Mr. Ephraim**  
Thompson  
mit seiner unerreicht bestehenden neu erfundenen **Elefanten-Nummer.** Dir. Schumanns neueste Originaldressuren. Ferner Aufstiegen sämtlicher Clowns und Kugeln mit ihren urkomischen für Berlin vollständig neuen Entrees. Zum Schluss: **Jun 14. Male: A Travers Paris** (Quer durch Paris) mit dem Schiffsakt: **Nordseebad Scheveningen.**  
Große Ausstattungssposse, Pantomime in 8 Akten mit feinsten Licht- und Wasser-Effekten von René Louis, Paris. Besonders hervorzuheben:  
**Ein Abend in Moulin Rouge.**

### Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
Vornahmst Vergnügenslokal!  
Täglich: **Internationale Konzerte.**  
Specialität: **Doppel-Vorstellung** von nur erstklassigen Kräften.  
**Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.**  
Vorzügliche Küche.  
Gut gepflegte Biere.

### Cirkus Busch.

Freitag, 25. Okt. abends 7 1/2 Uhr:  
**Komscher Gala-Abend.**  
Zum erstenmale in Berlin:  
**Herr Maximilian Brose** mit seinen 5 **Elefanten.**  
Zum Schluss:  
**Ho guot Brandenburg allowege.**  
Gr. Ritter u. Reiter-Schauspiel aus der urbrandenb. Zeit zu Wasser u. j. Lande.  
Tour nach **Men-Wühle** 7 1/2 Uhr feine Schöne Gräde. **Wittags 11 1/2 Uhr: Hirschgarten** bei Keller (Schlachtfest). Schöne Bräde.  
Bei schlechtem Wetter per Bahn. (Schlesischer Bahnhof.) 13/7

### Orts-Krankenkasse für das Goldschmied-Gewerbe zu Berlin.

Am 2. November 1901, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale Dresdener Garten, Dresdenstr. 45, die **Ordentliche General-Versammlung** sämtlicher Delegierten statt.  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl von 2 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern zum Vorstand für 1902—1903. 2. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung für 1901. 3. Stellungnahme zur freien Arztwahl. 4. Statutenänderung. 5. Verschiedenes.  
Der wichtigen Tagesordnung halber werden die Herren Vertreter ersucht, möglichst und pünktlich zu erscheinen.  
**Der Vorstand.**  
H. K. E. Davidshäuser, Vorsitzender, Elisabethstr. 45. 274/15

### Palast-Theater

(früher Feen-Palast)  
Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Allabendlich grosser Jubel.  
15 Sensations-Nummern.  
Um 9 Uhr sämmtlicher Beifall:  
**Direktor Wilhelm Fröbel** in der erfolgreichsten Operette **Weibliche Barbier.**  
Neueste Tones-Extrakte.  
**Die drei Silbersterne.**  
Ter Musik-Sport-Akt.  
Lebende Rosen-Photographen.  
Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.  
Billetvorverkauf von 11—1 Uhr.  
In Vorbereitung:  
**Grossstadtzauber.**

### Reichshallen.

Stettiner Sänger.  
„Bosco“.  
Meissel. Britton.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

### Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.  
**Horwarths wunderbare 6 Liliputaner**  
mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Drechsler **Carl Uhlmann** am 22. d. M. verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. nachmittags 4 Uhr, von der Charité aus nach dem Charité-Kirchhof, Müllerstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

### Ferdinand Haack.

Heute früh 1/10 Uhr endete ein sanfter Tod die unheilvolle, mit großer Geduld retrogenen Leiden meines geliebten Mannes, des Tischlers **Ferdinand Haack.**  
Berlin, den 23. Oktober.  
**Die trauernde Wittwe**  
Victoria Haack.  
13375  
Beerdigung Sonntag, nachmittags 4 Uhr, Heiliger Kreuz-Kirchhof in Mariendorf.  
**„Arenzberger Harmonie“.**  
Sammelpunkt der Sänger 3 1/2 Uhr auf dem Friedhof. 13443

### Central-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer Berlin III.

**Todes-Anzeige.**  
Am Dienstag, den 22. Oktober 1901 starb unser Mitglied, der Schmieb **Karl Adomeit** im Alter von 44 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem Dankestirchhof, Reinickendorf, von der Halle aus statt. [263/10]  
Die Ortsverwaltung Berlin III.

### Steinarbeiter.

Am Montag starb unser Kollege **Heinrich Eltzschig.**  
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Reichshalle, Marxstraße in Schöneberg, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
192/6 **Der Vertrauensmann.**

### Central-Verband der Stuccateure.

Am 22. d. M. starb unser Mitglied **Franz Rosenberg.**  
Die Beerdigung findet Freitag, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Reichshalle des Dankestirchhofes, Tegeler Chaussee, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bitten  
180/3 **Der Vorstand.**



# Moabit.

Am Montag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in „Ahrens Brauerei“, Turmstraße:

## Kommunalwähler-Versammlung

für den 44. und 45. Bezirk.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referenten Genossen **Fritz Zabel** und **Borgmann**. 2. Diskussion. Die Parteigenossen werden ersucht, in den uns noch fernstehenden Kreisen für diese Versammlung zu agitieren. Die Wahlkomitees.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr:

#### Sitzung der Orts-Verwaltung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal Nr. V.:

#### Versammlung der Einseker.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission und Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Diskussion. 3. Bericht des Mitgliedsbuch legitimiert. Zu zahlreichem Erscheinen ladet ein Die Kommission.

Sonntag, den 27. Oktober, abends 5 1/2 Uhr, bei Merkwoldt, Hindenburgstraße Nr. 26:

#### Branchen-Versammlung der Drechsler mit Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Frau Dr. Weyl über: „Die Frau der Vergangenheit und Gegenwart“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein. Um zahlreichem Besuch wird gebeten.

Sonabend, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Mörschel, Jüdenstraße 35/36:

#### Kommissions-Sitzung der Drechsler.

#### Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

#### Große Versammlung aller zum Streitgebiet Berlins und Umgegend gehörigen Verbandszahlstellen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Alwin Körsten** über: „Die Bedeutung des Unfallversicherungs-Gesetzes für die Bauarbeiter“. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl der Lokalkommission. 4. Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Lokalkommission. J. U.: Karl Holdemann.

### Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Männerleiden“. Freitag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Graumanns Hof, Rammstraße 27. Nur Herren! (18245) Eintritt frei

### Zu kaufen gesucht: 26260\* Protokolle

der Sozialisten-Kongresse: Mainz 1872, Koburg 1874, Gotha 1875, 1876, 1877, Witten 1880, Kopenhagen 1883 und andre ältere sozialistische Bücher und Zeitschriften. S. Calvary & Co., Berlin NW 7, Neue Wilhelmstr. 1.

### Centralverband der Maurer etc.

(Zahlstelle Berlin II.)

Am Freitag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr:

#### Mitglieder-Versammlung

für Moabit bei Schöller, Stromstraße 28.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Vertretung. 2. Verbandsangelegenheiten. Um regen Besuch bittet Die Verbandsleitung. 144/11

### Central-Verband der Zimmerer

Deutschlands (Zahlstellen Berlin und der Vororte).

Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr:

#### General-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal und des örtlichen Fonds. 2. Vortrag über: „Krank und Kräftig“. Referent Schriftsteller **Georg Bernhard**. 3. Verbandsangelegenheiten. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß die Mitglieder recht zahlreich und pünktlich erscheinen.

Die Verbandsleitung.

In der heutigen Zeit, wo fast Alle mit Recht das Ziel erstreben, sich gesund durchzuleben, kann deren Devise nur nachst. Bild sein.



**Oswald Nier's** reines ungegypste Traubenweine aus Weintrauben

f. Festlichkeiten, Vereine, Krankenhäuser, bew. hoh. Rabatt! Seit 1876: 70 eig. Centralgeschäfte/44 in Berlin, 261 d. Provinzen/ nebst Weinstuben u. ab. 1200 Filialen in Deutschland. Ausführ. Illustr. Preiscurant grat. u. fre.

Noch nie dagewesen! Um das gesunde Trinken meiner sämtlichen Weine in allen Kreisen des geehrten Publikums nunmehr schnell einzuführen, gebe ich

Eine Reklamekiste enth. 12 Orig.-Flasch. Nectarwein gen. „Söttortrank“ sowie 30 Proben meiner 30 and. Weinsorten nebst versch. Uebersetzung. Mark 15 alles inbegr. franco jeder deutsch. Bahnstation für nur geg. Nachn. od. Vorhersch. d. Betrag. Jede Flasche Nectarwein kostet sonst in meinen eig. Weinstuben u. bei Wiederverkäufern Mk. 2 excl. Glas, Verpackung, Fracht etc. Die Reklamekiste kann in allen meinen Geschäften bestellt werden, wird aber nur franco direct von meinem Hauptgeschäft in Berlin aus versandt. Bitte versuchen Sie, Sie werden für wenig Geld gesunde und schöne No. 4 1/2 Stunden dabei verliehen u. mein Kunde bleiben. OSWALD NIER, Hauptgeschäft: Berlin N., Lintenstr. 130

### Abbruchs

des Hauses Breite Strasse 20, gegenüber dem Köllnischen Fischmarkt, löse ich mein seit 43 Jahren bestehendes Geschäft auf.

### Gänzlicher Ausverkauf

der grossen Lager von Teppichen Gardinen Porzieren Steppdecken Schlafdecken Käuferstoffen etc. etc. Verkauf von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr nur gegen Kasse. Der Ausverkaufspreis ist auf jedem Gegenstand neben dem alten Preise mit Blaustift vermerkt.

**A. Löwenthal**

Breite Strasse 20 Ecke Scharrenstrasse.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik Gieseler & Co., Berlin S., Prinzenstraße 46, versendet gegen Rücknahme ganz neue Bettfedern b. 60 Pf. silberne Federn b. 80 Pf. 1.25, bessere Halbdaunen b. 100 Pf. 1.75, vorzügliche Daunen b. 120 Pf. 2.50. — Von diesen Daunen gelangen 3 bis 4 Pfund zum grossen Obereit. Verpackung frei. Vers. u. Bes. gratis. Viele Anerkennungsbriefe.

Zingischer-Verkauf. Eine seit langen Jahren bestehende Fabrik, welche Bauornamente, Garten-, Beleuchtungs-, Springbrunnen- und Grabfiguren fertigt, ist zu verkaufen. Erforderliches Kapital 5000 Mark. Offerten unter O. 4 an die Expedition dieser Zeitung erbeten. 13385\* **Dr. Schönemann**, Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. Sprechstunden: 1/2 12—1/2 3, 1/2 6—1/2 8.

# Warenhaus A. Wertheim

## Bücher

Wir verkaufen, solange der Vorrat reicht, folgende antiquarische Werke in gut erhaltenen Exemplaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Frida Schanz, 101 neue Fabeln, früh. Ladenpr. 5.— für 1.80 Mk.	Wildermuth, Jugendgarten. Bd. 17. früh. Ladenpr. 6.75 für 2.50 Mk.
Gumpert, Töchter-Album Bd. 41-42, früh. Ladenpr. 7.50 für 4.75 Mk.	Blüthgen, Zum Nachtschiff, früh. Ladenpr. 3.— für 1.10 Mk.
Gumpert, Töchter-Album Bd. 29-32, früh. Ladenpr. 7.50 für 3.90 Mk.	Hoffmann, Der Jugendfreund. Bd. 51 u. 52. früh. Ladenpr. 6.— für 3.50 Mk.
Gumpert, Herzbl. Zeitvertreib Bd. 40-41, früh. Ladenpr. 6.— für 3.50 Mk.	Suttner, Frühlingszeit. geb. m. Goldschn. früh. Ladenpr. 10.— für 2.90 Mk.
Nieritz, Erzählungen, illustriert früh. Ladenpr. 4.50 für 1.40 Mk.	Gumpert, Bücherschatz. illustriert früh. Ladenpr. 3.— für 90 Pf.
Schalk, Deutsche Heldensagen früh. Ladenpr. 8.— für 3.75 Mk.	Melitz, Die Theaterstücke d. Weltliterat. Ldpr. früh. 7.— für 2.85 Mk.
Samter, Reich der Erfindungen über 1050 Seiten Text mit Abbild. früh. Ladenpr. 10.— für 3.50 Mk.	Bismarck Denkwürdigkeiten. früh. Ladenpr. 3.— für 68 Pf.
Casati, 10 Jahre im Herzen v. Afrika früh. Ladenpr. 6.— für 2.85 Mk.	Buch der Entdeckungen. 1000 Seiten Ladenpreis früh. 10.— für 3.50 Mk.
Alfred Dreyfus, 5 Jahre meines Lebens früh. Ladenpr. 3.— für 50 Pf.	Graf Leo Tolstoi, Schriften. 18 Bände, Band früher 1.— für 28 Pf.
Postkarten-Album für 300 Karten 95 Pf.	Lackowitz, Buch der Tierwelt. 940 Seit. früh. Ladenpr. 10.— für 2.85 Mk.
Frida Schanz, Junge Mädchen. Bd. 1-4. früh. Ladenpr. 8.— für 4.75 Mk.	Das neue Universum. Band 9. früh. Ladenpr. 6.75 für 2.50 Mk.
Frida Schanz, Kinderlust. Bd. 2 u. 4. früh. Ladenpr. 5.50 für 3.25 Mk.	Neuer deutscher Novellenschatz. 24 Bände herausgeg. v. Paul Heyse u. Laistner. Bd. 50 Pf.
Daheim-Kalender. Aeltere Jahrgänge. früh. Ladenpr. 1.50 für 28 Pf.	Kinderkalender 1902 mit vielen Abbildungen 75 Pf.

## 50 000 Romane

Daudet, Maupassant, Ortmann, Remin, Samarow, Peschkau, Schumacher, Stöckl u. andere Autoren

Band 28 Pf.









**Aus Industrie und Handel.**

**Hannoversche Straßenbahn.**

Der zweite Teil der Generalversammlung der Hannoverschen Straßenbahn war charakterisiert durch den Szenewechsel, der Herrn Kempner an Stelle des Aufsichtsrats-Vorsitzenden Banddirektors Wasse die Leitung der Versammlung verschaffte, die er im Interesse der Dresdener Bank führte. Herrn Wasses Entfernung aus dem Vorsitz knüpfte an eine Anfrage an die Rentner Schüller aus Hannover an den Herrn richtete: ob es wahr sei, daß dieser bei einer Aktien-Emission der Straßenbahn im Jahre 1898 vom Bankhause Alexander Simon 5000 M. genommen habe. Dasselbe war in einem Flugblatt in Hannover von einem anderen Aufsichtsrat, Professor a. D. Senator Jaques, behauptet worden. Beide Herren erklären jetzt, nach beinahe einer Woche, die Gesichte für falsch, genauer für „eine Entstellung der Wahrheit“. Es scheint viel Mühe gemacht zu haben, diese Erklärung zu redigieren, die doch schon in der Generalversammlung hätte abgegeben werden sollen. In dieser aber hatte jene Anfrage die Wirkung, daß Herr Wasse den Vorsitz an Herrn Kempner abtrat und jede Auskunft verweigerte. Herr Wasse stellt gerichtliche Schritte in Aussicht. Man darf gespannt sein.

Im übrigen werden natürlich Anstrengungen gemacht, den Plan der Dresdener Bank dennoch durchzuführen. Es ist anzunehmen, daß Interessenten der Dresdener Bank auch mit Lamm, Leberberg u. Comp. (Hannov. Bankverein) verhandeln werden.

Die nächste Versammlung — in drei Wochen — wird den Einblick in den kapitalistischen Betrieb, den die erste gewährte, wahrscheinlich vervollständigen.

**Zum Leipziger Bankrott** veröffentlicht die „Deutsche Sozialzeitung“ einen Artikel, aus dem wir folgende Stelle hervorheben:

Hier in Leipzig lebt im Konzertviertel ein Herr, der angeblich vierzehn Tage vor dem Zusammenbruch der Leipziger Bank im Redaktionszimmer einer hiesigen Tageszeitung mit einem sensationellen Artikel antat. Es wurde in demselben die ganze miserable Verleitung des Kaffee- und Treibrieten-Zustands mit der Leipziger Bank bis ins Detail hinein zur Darstellung gebracht!... Der Herr hat nun den betreffenden Redaktionschef um Aufnahme dieses schwer inkriminierenden Aufsatzes in die Spalten des volkswirtschaftlichen Teiles. Der Herr Redakteur aber zuckte die Achseln: „Geht nicht! Aus lesaltpatriotischen Gründen nicht!“ so ähnlich soll er entgegnet haben. — Zwei Wochen später sah Herr Exner hinter schwebenden Gardinen, nachdem er kurz vorher sein Vermögen ins Ausland „rettet“. Wäre der belaupte Aufsatz erschienen, hätte mancher sich vor Schaden bewahren können.

Die Mitteilung giebt nur weiter eine Bestätigung des höchst zweideutigen Verhaltens der bürgerlichen Presse in Leipzig, die selbst während des Zusammenbruchs der Leipziger Bank mit den Informationen zurückhielt, die wichtigsten Vorkommnisse sogar verschwiegen.

**Die Industriekrise im Ober-Ossa.** Nach der Firma Schlämberger & Co. in Gera, die nunmehr auch die bekannte große Baumwollweberei- und Spinnerei-Aktiengesellschaft vormals Eduard Baumann u. Co. ihren Betrieb an vier Tagen in der Woche ein. Ihrem Beispiel werden demnächst die Firmen Kullmann u. Co. und die Baumwollspinnerei Frey u. Co. folgen. Die Aussichten für den bevorstehenden Winter gestalten sich für die in der Baumwollindustrie beschäftigte zahlreiche Arbeiterbevölkerung Mährens von Woche zu Woche düsterer.

**Trotz der Lohnabzüge bankrott.** Die Englische Wollwaren-Manufaktur in Grünberg i. Schl. schloß in ihrem letzten Geschäftsbericht mit einem sehr erheblichen Defizit ab, dem dann eine Sanierung des Unternehmens durch Zusammenlegung der Aktien und Neuausgabe gefolgt ist. In der Generalversammlung, wo der unglückliche Geschäftsbericht gegeben wurde, führte sich nun der Direktor Osterseger damit als außerordentlich tüchtiger Direktor vor, daß er den Aktionären vorrechnete, er habe in den drei Jahren seiner Amtszeit die vom Gesamtsatz berechnete 8 Proz. Herstellungskosten durch Reduzierung der Beamtengehälter und Löhne gespart. Als Lohnrichter ist der Mann gewiß eine außerordentliche Kraft für ein Aktienunternehmen; man kann sich ungefähr vorstellen, welche elenden Arbeiterzustände unter solcher Betriebsführung geschaffen wurden. Anders sieht es, ob nicht der Mann an geschäftlicher Geschicklichkeit das zuseht, was er als Lohnrichter den armen schließlichen Weibern abzwackt. Das Ende dieser gemalten Betriebsleitung war der Bankrott, trotz der Lohnreduktion. Die Grundfälle dieses Mannes, aus den Knochen der Arbeiter die Dividende herauszuwirtschaften, sind heute fast ohne Ausnahme in den Aktiengesellschaften vorherrschend, und nur selten bleiben sie erfolglos, wie in diesem Fall, vielmehr sind sie der Weg, auf dem man zu hohen Gewinnen und Revenuen für Direktoren und Aufsichtsräte kommt.

**Verband schlesischer und sächsischer Leinwandspinner.** Die kürzlich abgehaltene, sehr zahlreich besuchte Versammlung des Verbandes beschloß, die gegenwärtigen Produktionsbeschränkungen aufrecht zu erhalten und nach Bedarf zu verschärfen, da bei der derzeitigen Preislage der Garne die Spinnerereien mit großen Verlusten arbeiten. Aus den weiteren Verhandlungen ist noch hervorzuheben, daß die strikte Festhaltung der vom Verbande festgestellten Normalzahlungsbedingungen allseitig zugefagt wurde und Stellungnahme gegen die geplante sehr bedeutende Erhöhung der Spinnmaschinen-Einfuhrzölle beschlossen wurde.

**Der deutsche Außenhandel im September 1901.** Nach dem vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Septemberbericht der Monatlichen Nachrichten über den auswärtigen Handel beträgt die Einfuhr in den freien Verkehr in Tonnen: 3 963 589, gegen 4 329 725 im Vorjahre, daher weniger 376 136. Edelmetall-Einfuhr 94. 17 Zolltarif-Kummern zeigen eine Zunahme, 26 eine Abnahme. An der Zunahme sind besonders beteiligt Getreide (+ 79,114) und Materialwaren (+ 14 848), an der Abnahme Kohlen (- 282 989), Eisen (- 67 023), Erze (- 64 618), Steine (- 21 398), Holz (- 19 866). Die Gesamteinfuhr in den neun Monaten Januar bis September beträgt 33 308 418 Tonnen, gegen 33 545 309 im Vorjahre, daher weniger 236 891. Die Ausfuhr betrug im September in Tonnen: 2 785 766, gegen 2 713 629 im Vorjahre, daher mehr 72 137. Edelmetallausfuhr: 22. Die Gesamtausfuhr in den neun Monaten dieses Jahres beträgt 23 571 072, gegen 24 100 486 im Vorjahre, daher weniger 529 414. Die größte Steigerung findet sich bei Eisen (+ 475 061), die größte Abnahme bei Erzen und Kohlen.

Gesamt-Einfuhrwerte in 1000 M.: 4 395 273, gegen 4 476 219 im Vorjahre, daher weniger 80 946. Innerhalb beträgt die Zunahme gegen 1899 noch 162 Millionen.

Gesamt-Ausfuhrwerte in 1000 M.: 3 469 200, gegen 3 510 829 im Vorjahre, daher weniger 44 629. Die Zunahme gegen 1899 beträgt 248 Millionen.

**Die Krise in der österreichischen Metallindustrie.** Der Verband der Maschinen-, Metallwarenfabriken und Eisengießereien Mährens und Schlesiens hat eine außerordentliche Versammlung abgehalten, in der die kritische Lage der Eisen- und Maschinenindustrie Mährens und Schlesiens den Gegenstand der Diskussion bildete. Allets wurde festgestellt, daß empfindlicher Arbeitsmangel herrsche, wenngleich einzelne Fabriken für die allernächste Zeit infolge älterer Aufträge noch teilweise Beschäftigung haben, daß jedoch jetzt schon in allen Fabriken Mährens und Schlesiens mit Arbeiterentlassungen vorgegangen werden mußte, und daß im Hinblick auf das gänzliche Ausbleiben von Auf-

bestellungen und auf die allgemeine Stagnation auf allen Industriegebieten, insbesondere wegen der Unterbindung jeglichen Exports infolge der deutschen Krise schon in der allernächsten Zukunft forcierte Betriebsreduktionen in allen Betriebsstätten und infolgedessen Arbeiterentlassungen in großem Umfang in Aussicht stehen. Es wurde einhellig beschlossen, die mährischen Reichsrats-Abgeordneten um ihre Intervention zu erfuchen und überdies unverzüglich an die Ministerien sowie an solche Unternehmungen, die Staatssubventionen genießen, mit dringlichen Eingaben wegen Vergebung von Kostendarbeiten heranzutreten.

**Lokales.**

**Noch ein „Linden“-Streit.**

Nun soll, wie es scheint, auch die seit langem schwebende Frage der Umgestaltung der Straße „Unter den Linden“ den städtischen Behörden den Anlaß bieten, sich der Krone gegenüber gefällig zu zeigen. Wie wir bereits mitgeteilt haben, geht man in dem Stadtdirektoriums-Ausschuß, der zur Vorberatung der betreffenden Magistratsvorlage eingesetzt ist, mit der Absicht um, den in dieser Angelegenheit geschehenen Beschluß wieder umzu stoßen. Der Grund der plötzlichen Sinnesänderung ist darin zu suchen, daß das Projekt I, das der Ausschuß dem Plenum der Stadtverordneten-Versammlung zur Annahme empfohlen wollte, nicht den Beifall des Kaisers findet. Nach diesem Projekt sollen die vier Baumreihen als Einfassung der Mittelpromenade erhalten bleiben. Der Kaiser dagegen wünscht die Ausführung des Projekts II, nach welchem die beiden äußeren Baumreihen beseitigt und dafür die Ränder der beiden Bürgersteige mit Bäumen bepflanzt werden sollen. Anscheinend will jetzt der Ausschuß seinen Beschluß dahin abändern, daß nunmehr der Stadtverordneten-Versammlung dieses Projekt II zur Annahme zu empfehlen sei.

Die Stadtverordneten-Versammlung kann natürlich thun und lassen was sie will. Sie kann gegebenenfalls dem abgeänderten Vorschlag des Ausschusses folgen und sich für Projekt II entscheiden, sie kann aber auch an dem früheren Vorschlag festhalten und das Projekt I annehmen. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit liegt freilich die Vermutung nahe, daß die Mehrheit der Versammlung sich nicht von rein sachlichen Erwägungen, sondern in erster Linie von Rücksichten auf die Krone leiten lassen wird. Sie wird sich in diesem Fall wahrscheinlich darauf berufen, daß ihr gar nichts anderes übrig bleibe, da ja das Recht der Krone, in diese Angelegenheit hineinzureden, unabweisbar sei. Wir meinen indes, daß es hier noch einen Ausweg giebt, für den sich die Stadtverordneten-Versammlung schon deshalb entscheiden sollte, weil dabei die Interessen der Stadtgemeinde nach jeder Richtung, auch nach der finanziellen Seite, am besten gewahrt wird.

Die Projekte sind beide so schlecht, daß man sie beide verworfen muß. In beiden ist die Erhaltung des Reitweges (wenn auch in geringerer Breite als bisher) vorgesehen, dessen Verringerung seit langem in der städtischen Verwaltung wie in der Bürgererschaft als notwendig erkannt ist. Die Erhaltung dieses Reitweges ist allerdings die Vorbedingung, ohne die kein Projekt der „Linden“-Umgestaltung, von welcher Art es auch sei, auf die kaiserliche Genehmigung rechnen darf. Das ist dem Magistrat bereits in den Verhandlungen, die er Anfang der 90er Jahre mit dem Polizeipräsidenten und der Ministerial-Baukommission über die Umgestaltung der „Linden“ geführt hat, in allerbestimmtester Form erklärt worden. Wenn aber der Gedanke der Verringerung des Reitweges von vornherein ausscheiden muß, dann fällt auch der wichtigste Grund und ursprüngliche Anlaß der Forderung einer „Linden“-Umgestaltung weg. Kann es nicht ohne den Reitweg sein, dann kann es überhaupt nicht sein.

Auf diesen Standpunkt hat sich die Stadtverordneten-Versammlung früher gestellt. Als sie sich 1895 wieder einmal mit der Frage der „Linden“-Umgestaltung zu befassen hatte, lehnte sie in Anbetracht der Forderung, daß der Reitweg erhalten bleiben solle, die damalige Vorlage des Magistrats schlankweg ab, ohne sie auch nur einem Ausschuß zu überweisen. Es hindert sie nichts, den Plan auch diesmal wieder ins Wasser fallen zu lassen und sich mit einer bloßen Reupflasterung zu begnügen. Gegenüber einem Projekt, das ziemlich eine Million Kosten soll, ohne daß es den bisherigen Zustand in diesem wichtigen Punkte ändert, sollte man es sich ohnedies doppelt gründlich überlegen, ob es ausgeführt zu werden verdient. Da giebt es doch wirklich noch dringendere Aufgaben zu erledigen. Wenn aber auf diese Weise dem hofflich gestimmten Teil der Stadtverordneten-Versammlung die Gelegenheit entgeht, wieder einmal eine kleine Verbeugung nach oben zu machen — um so besser!

**Aus der Stadtverordneten-Versammlung.**

Nach den Stürmen der letzten Sitzungen wirkte der geschäftsmäßig-nüchternere Ton, der die gestrige Sitzung in ihrem ersten Teile beherrschte, fast langweilig. In der ganzen Debatte über die Bürgermeisterfrage (deren Verlauf und Ergebnis an anderer Stelle unres Stattes beleuchtet wird) fiel auch nicht ein leidenschaftliches Wort. Nach Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung folgte die Wahl einer vierfachen Stadtratswahl — eine Qual deshalb, weil sie volle anderthalb Stunden in Anspruch nahm. Um 1/10 erst konnte die Versammlung daran denken, daß sie auch noch andre Arbeiten zu erledigen hatte. Auf der Tagesordnung stand als nächster Punkt die Verhinderung und Beschleunigung über die Magistratsvorlage betreffend die Richterhebung der vier Markt-Steuer. Aber der Arbeitseifer der Mehrzahl der Stadtväter hatte sich inzwischen so stark abgekühlt, daß es für sie eine Erlösung bedeutete, als ihnen Herr Wallach mit einem Antrag auf Absehung von der Tagesordnung zu Hilfe kam. Merkwürdig war freilich, daß sich die Arbeitseifer gerade bei demjenigen Teile der Versammlung zeigte, der bisher stets gegen die Richterhebung dieser Steuer aufgetreten ist. In der Geschäftsordnungs-Debatte, die durch den Wallachschen Antrag hervorgerufen wurde, spielte Genosse Singer auf diesen Umstand an, und er deutete auf den Zusammenhang hin, der zwischen der Beschlußfassung über die vorliegende Sache und den Stadtverordneten-Wahlen bestehe. Dem Vorsteher Langerhans, der wirklich recht alt zu werden anfängt, war das nicht gleich klar. Er bat Singer fast flehentlich, doch der Absehung zuzustimmen. Singer sah sich daher genötigt, noch deutlicher zu werden und trocken zu erklären, daß die dem Gedanken der Richterhebung der 4-Markt-Steuer feindlich gestimmte Mehrheit der Versammlung ihre offene Stellungnahme möglichst hin-ausschieben wolle. Er beantragte namentliche Abstimmung, die dann die Annahme des Verlegungsantrags mit 58 gegen 43 Stimmen gab. Die Mehrheit hat somit eine Galgenfrist von 8 Tagen gewonnen.

**Die Parteigenossen der Rosenhaler- und Schönhauser-Vorstadt** (6. Kreis) werden ersucht, zu der am Sonntag früh 8 Uhr stattfindenden Flugblattverbreitung recht zahlreich zu erscheinen und zwar außer in den ihnen bekannten Lokalen bei Bahngänger, Schweinemändlerstr. 85 und bei R. Augustin, Schönhauser Allee 73. Das Komitee.

**Der Handarbeits-Unterricht an den Mädchen-Gemeinschaften** dürfte von der Umgestaltung des Gemeindeforschul- Lehrplans ganz besonders profitieren. Nach dem von der Lehrplan-Kommission formulierten Vorschlägen soll künftig mehr Wert auf die sogenannten praktischen Handarbeiten, Nähen, Stricken, Ausbessern usw. gelegt werden. Dagegen sollen die „Zugab-Handarbeiten“ möglichst ganz in Fortfall kommen. Diese Nachricht wird von allen Arbeiterfrauen mit Freude begrüßt werden. Der Unterricht in den weiblichen Handarbeiten ist in der Form, in der er bisher erteilt worden ist, ein Gegenstand allgemeinen und leider berechtigten Spottes gewesen. Trotz der Unmenge von Zeit, die auf dieses Viehrschaf verwendet wird, haben die meisten Mädchen, wenn sie als vierzehnjährige die Schule verlassen, gerade in denjenigen Handarbeiten, die ihnen zu allererst und am meisten nötig sind, nur eine sehr geringe Fertigkeit erworben.

Eine Magistratskommission unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner beschäftigt sich gestern mit Vorschlägen und Vorschlägen zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit. Leider wird über die Stellung des Magistrats zu dieser doch nicht ganz unwichtigen Frage nichts berichtet.

**Zur Förderung der Schulgesundheitspflege** hat sich vor einiger Zeit in Berlin ein Verein gebildet, der sich Ende dieses Monats mit einer öffentlichen Versammlung an die Bevölkerung zu wenden gedenkt. Es verliert sich von selbst, daß die Bestrebungen dieses Vereins vollste Unterstützung verdienen. Gerade in Berlin ist man mit der Schulgesundheitspflege noch sehr zurück. Das gilt für die höheren Schulen wie für die niederen; doch wird in den niederen Schulen, den Gemeindeforschulen, die gesundheitliche Schädigung, die die Schule der heranwachsenden Jugend als eine sehr unerwünschte Zugabe des Schulbesuchs mit auf den Lebensweg giebt, durch mancherlei Umstände (z. B. durch die viel zu starke Verlegung der Klassen) noch besonders gesteigert. Wir sind vorläufig noch nicht einmal so weit, daß die Schule den Kindern durch entsprechende Einrichtungen einen leidlichen Schut gegen die von ihr ausgehenden gesundheitlichen Schädigungen gewährt, geschweige daß es als eine Aufgabe der Schule angesehen würde, die Gesundheit der heranwachsenden Jugend durch positive Maßnahmen zu fördern. Es ist bekannt, wieviel besonders die städtischen Behörden Berlins in dieser Hinsicht versäumt haben, und wie sehr Berlin hierin hinter manchem andern Ort zurückbleibt. Ein um Unterstützung dieser Bestrebungen bittender Aufruf des erwähnten Vereins trägt auch die Unterschrift von etlichen Stadtschulinspektoren und zwei Stadträten (darunter Stadtbaurat Hoffmann). Er ist dagegen nicht mit unterzeichnet von dem jetzigen Leiter des Berliner Gemeindeforschulwesens, Stadtschulrat Gerslauer. Wir wollen nicht hoffen, daß in dem Fehlen gerade dieses Namens ein ungünstiges Zeichen zu erblicken ist.

**Arbeiter-Krankenversicherung in Berlin im Jahre 1900.** Das städtische Statistische Amt veröffentlicht für 1900 die alljährlichen Tabellen über Umfang und Ergebnis der Berliner Arbeiter-Krankenversicherung. Gegenüber dem vorhergehenden Jahre hat die Mitgliederzahl der darin aufgeführten Krankenkassen im ganzen wieder sehr beträchtlich zugenommen, im einzelnen aber ist hinsichtlich der Stärke der verschiedenen Arten von Kassen eine bemerkenswerte Verschiebung eingetreten. Bei den Orts-Krankenkassen ist die Zahl der weiblichen Mitglieder nur wenig gestiegen und die der männlichen sogar um eine Kleinigkeit heruntergegangen, während die Betriebs-Krankenkassen und noch mehr die Innungs-Krankenkassen eine bedeutende Zunahme erfahren haben. Auch bei den eingeschriebenen Hilfskassen, die dem § 75 des Krankenkassen-Gesetzes von 1883 nicht entsprechen, hat sich die Zahl der Mitglieder merklich verringert. Die durchschnittliche Mitgliederzahl war im Jahre 1900 (bzw. im Vorjahre 1899): bei 56 (56) Orts-Krankenkassen 244 490 (244 881) männliche Mitglieder, 131 593 (126 184) weibliche, bei 44 (38) Betriebs-Krankenkassen 63 307 (54 936) männliche, 11 201 (7877) weibliche, bei 20 (19) Innungs-Krankenkassen 33 211 (22 253) männliche, 7836 (6285) weibliche, bei der Gemeinde-Krankenversicherung 421 (852) männliche, 251 (584) weibliche, also bei allen der Aufsicht der Gewerbe-Deputation unterstellten Kassen zusammen 341 419 (322 923) männliche, 150 880 (140 860) weibliche Mitglieder; ferner bei den beiden staatlichen Betriebs- (Eisenbahn- und Post-) Krankenkassen 20 578 (20 814) männliche Mitglieder, 2466 (1901) weibliche, bei 34 (35) eingeschriebenen Hilfskassen 23 249 (22 031) männliche, 9904 (9528) weibliche, bei 1 (2) freien landbesitzlichen genehmigten Hilfskassen 301 (402) männliche, bei 24 (24) eingeschriebenen Hilfskassen, die dem § 75 des Krankenkassen-Gesetzes von 1883 nicht entsprechen, 45 157 (50 983) männliche, 4701 (6512) weibliche Mitglieder.

**Vom Ladenschluß.** Das Polizeipräsidenten teilt mit: Zur Behebung einiger Zweifel über die Frage, welche Anforderungen an die offenen Verkaufsstellen hinsichtlich des Ladenschlusses im Sinne des § 139 a der Gewerbe-Ordnung zu stellen sind, trifft das Polizeipräsidenten folgende Anordnung: Die Exekutivorgane haben darauf zu achten, daß, nachdem die letzten Kunden bedient sind und eine kurze Zeit — etwa 10 Minuten — für das Lüften des Geschäftstokals verstrichen ist, die Ladentüre verschlossen oder in einer andern, das Passieren von Käufern verbindernden Weise (z. B. durch entsprechend tiefes Herunterlassen der Eingangs-Jalousie) versperrt wird. Bei Geschäftstokalen, welche zugleich den einzigen Zugang zu der Privatwohnung des Gewerbetreibenden bilden, kann dem Gewerbetreibenden das Offenhalten der Ladentür nicht verweigert werden. Hier hat sich die Kontrolle darauf zu beschränken, daß nach Eintritt des für den Ladenschluß maßgebenden Zeitpunktes tatsächlich kein Verkauf mehr stattfindet.

**Die Lichtenberger Besetzungssache** wird immer verwickelter. Wenigstens im Hirn der „Staatsbürger-Zeitung“, die sich im Anschluß an das im „Vorwärts“ gekennzeichnete Verhalten den gestern von uns gedachten Bericht folgendermaßen zurechtstutzt: „Der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Grauer trat, nachdem bisher bloß von zwei an dem Besetzungsvorhaben gegen ihn beteiligten Personen die Rede war, in einer Lichtenberger Volksversammlung mit der Behauptung auf, es hätten ihn drei Herren in dieser Sache besucht. Der „dritte“, ein Herr Berger, derselbe, gegen den bereits zur Aufklärung ein Verfahren eingeleitet ist, habe ihm 30 000 Mark Provision für seine Vermittlung zwischen der Gemeinde und der fürstlich-pendel v. Dornersmardschen Verwaltung versprochen.“

Es ist ja sehr schmeichhaft für unsern Lichtenberger Parteigenossen, daß die „Staatsbürger-Zeitung“ ihn jetzt plötzlich mit 30 000 M. bewerten läßt, nachdem sie ihn vor acht Tagen noch als einen Aufschneider und Schwindler hingestellt hat. Aber trotz dieser ihm so widerfahrenen Genugthuung sollte unser Parteigenosse Grauer in sich gehen und sich fragen, ob er die Veröffentlichung der Angelegenheit verantworten kann, wenn er sehen muß, welche traurige Bewußtungen damit im Kopfe eines antisemitischen Redakteurs angeregt worden sind.

**Neue Steuer-Veranlagung.** Befußt Veranlagung der Einkommen- und Erbschaftsteuer für das Steuerjahr 1902 soll die alljährliche Aufnahme des Personenstandes in der Stadt Berlin am 26. Oktober d. J. stattfinden. Zu diesem Zwecke werden durch die Steuer-Erheber sämtliche Hausbesitzer die erforderlichen Formulare zugestellt werden. Die Abholung der auszufüllenden Listen erfolgt durch die Steuer-Erheber vom 28. Oktober ab. Bezüglich der Ausfüllung der Listen sei auf die denselben vorgebrachten Bestimmungen verwiesen.



Mit Ausnahme der auf der Durchreise befindlichen oder nur zum vorübergehenden Besuch in Berlin anwesenden Personen sind sämtliche Einwohner in die Listen einzutragen. Für die vollständige Angabe der auf dem Grundstücke vorhandenen steuerpflichtigen Haushaltungen und Einzelanwesenden, soweit solche Mieter sind, haften die Hausbesitzer...

Ueber einen Vorfall im Obdachlosen-Hotel in der Wiesensstraße brachte ein hiesiges Lokalblatt Mittwochabend folgende Meldung: In einer erregten Scene kam es gestern Abend im Hotel für Obdachlose in der Wiesensstraße, das nicht unter städtischer Verwaltung steht. Ein Obdachlender hatte sich schon bei der Aufnahme sehr widerständig gezeigt und wurde dann später dabei getroffen, wie er, entgegen den Vorschriften der Anstalt, in der Speisekammer rauchend auf und abschritt. Darüber zur Rede gestellt, wurde er ausfällig; und er soll dann, wie berichtet wird, von den Aufsehern mit Faustschlägen traktiert und gewaltsam nach seiner Schlafstelle befördert worden sein...

In dieser Sache veröffentlichte das erwähnte Blatt gestern Abend eine ihm vom Kurator des Hauses, Paul Singer, und dem Vorfigenden des Waisenvereins, Gustav Thöbe, zugesandte Mitteilung, die folgenden Wortlaut hat: Nach dem Bericht der beteiligten Beamten handelte es sich um einen Mann, der, nachdem er gebadet und gegessen hatte, das Haus verlassen wollte. Um diesen Zweck, für den er die Erlaubnis des Inspektors nicht fand, zu erreichen, hat er sich trotz des strengen Rauchverbots in der Anstalt in der Th- und Lesehalle mit einer brennenden Cigarette in der Hand rauchend aufgehalten. Der Hausinspektor hätte nun, seiner Instruktion entsprechend, den Mann aus dem Hause weisen und, wenn derselbe dem Gebote nicht folgte, ihn — wie die bezügliche Vorschrift lautet — durch zwei Aufseher hinausführen lassen sollen. Statt dessen hat der Inspektor — wie er mitteilt und die übrigen Beamten bestätigen — die Cigarette aus der Hand des Mannes entfernt und ihn durch zwei Aufseher aus dem Hause lassen lassen. Weisungen ist der Mann nicht worden. Die Beteiligung anderer Waiskisten an dem Vorfall hat sich nur in Vorwürfen an den die Hausordnung nicht respektierenden Mann geltend gemacht. Der Hausinspektor ist von uns auf die Unrichtigkeit seines Verhaltens aufmerksam gemacht worden, und der Leiter des Waisenvereins Wiesensstraße hat aus dem Vorgang Anlaß genommen, den Beamten die Instruktion, nach welcher jede thätliche oder wörtliche Beleidigung der Waiskisten mit sofortiger Entlassung geahndet wird, eindringlich ins Gedächtnis zu rufen.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch gegen Abend vor der Fuchsbühlischen Schmiede, Breitenstraße 24 in Hixdorf. Beim Hochwinden eines reparaturbedürftigen Mühlwagens schlug der Wagen um, wobei der Schmiedegeselle Franz Koch mit dem Kopfe zwischen einem Straßenbaum und den Wagen geriet und außerordentlich schwere Verletzungen erlitt. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte der Unglückliche nach einem Krankenhause gebracht werden.

Ein Schwindler, der nach einem alten Kniff Arbeiterfrauen preßt, treibt seit einigen Tagen in Charlottenburg sein Unwesen. Ein junger Mann sucht namentlich Frauen, deren Männer bei Siemens u. Halske arbeiten und häufiger auf Montage nach auswärts gehen, auf und schwindelt ihnen vor, der Mann habe plötzlich den Auftrag bekommen, nach Pankow, Rawen oder sonst einem Ort in der Nähe von Berlin zu gehen und lasse daher um etwas Frühstück und Zehrgeld bitten. Die Frauen geben arglos, was verlangt wird, um erst bei der Heimkehr des Mannes zu erfahren, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen sind. Der Kniff ist schon sehr alt, aber anscheinend noch wenig bekannt. Daher hat der Schwindler guten Erfolg. Bis jetzt haben sich bei der Charlottenburger Kriminalpolizei, die weitere Meldungen über den Schwindler entgegennimmt, schon sehr viele Frauen gemeldet, die um Frühstück und Geld in Beträgen von 1 bis 5 M. betrogen worden sind. Der Mann ist etwa 30 bis 35 Jahre alt und mittelgroß, hat einen dunklen Schnurbart und macht den Eindruck eines Schlossers. Er trägt ein braunes Jackett, darunter eine blaue Schloßerbluse und einen schwarzen weichen Hut.

Ein Diebstahlbande ist von der Schöneberger Kriminalpolizei verhaftet worden. Bei dem Comptoir der Vereinigten Speiditeurs auf dem Anhalter Bahnhof liefen seit Jahren Reklamationen wegen gestohlenen Gegenstände ein, ohne daß es gelingen wollte, die Diebe zu ermitteln. Durch Zufall erfuhr der Schöneberger Kriminalbeamte Hildebrandt, daß bei einem in der Brunnenstraße wohnenden Metallhändler häufig Kunst- und andre Gegenstände abgeladen oder umgetauscht wurden. Der Beamte beobachtete nun das Treiben des Kaufmanns und veranlaßte dessen Verhaftung. Da die Verhaftung ganz unerwartet erfolgte, „pff“ der Ueberwachte, das heißt, er teilte dem mit der Sache betrauten Kriminalkommissar Steinmetz die ganze umfangreiche Organisation einer großen Bande von Metallhändlern mit, welche aus Metallhändlern und deren Hilfskräften bestand. Die Diebe verfahren in der Weise, daß sie die ihnen anvertrauten Geschäftskunden öffnen, die darin befindlichen wertvollsten Gegenstände herausnehmen und dann die wieder geschlossenen Koffer usw. abliefern. Unter den Spitzbuben fand dann ein regelrechter Austausch der gestohlenen Gegenstände statt. Die Schöneberger Kriminalpolizei hat bereits ein ganzes Musterlager von Kunst- und Gebrauchsgegenständen beschlagnahmt, darunter große Metallfiguren mit Wappenstein, 30 Paar neue Stiefel usw.

Schlaggräber im Treptower Park. Vorgestern nachmittag hatten sich mehrere Hixdorfer Kriminalbeamte nach dem Treptower Park begeben, um daselbst Nachforschungen nach einem angeblich von Einbrechern vergrabenen Schatz anzustellen. Die betreffende Stelle war der Polizei genau bekannt und die daselbst vorgenommenen Nachgrabungen waren von Erfolg gekrönt, denn man förderte eine Kiste zu Tage, welche 400 M. in Kassenscheinen enthielt. Dieses Geld sollte angeblich dem in der Friedelstraße zu Hixdorf wohnhaften Schneider Sch. gestohlen worden sein, wenigstens hatte Sch. eine dahingehende Anzeige der Polizei erstattet. Die angestellten Recherchen ließen jedoch erkennen, daß der Einbruch fingiert war, jedenfalls in der Absicht, das Geld, welches einem von Sch. geleiteten Verein gehörte, zu unterschlagen. Als Sch. sah, daß die Polizei ihm seinen Blonden schenkte, übergab er ihr einen Brief, den die Einbrecher angeblich an ihn gefandt haben sollten und in welchem genau angegeben war, wo das gestohlene Geld versteckt sei. Schließlich mußte Sch. freilich zugeben, daß er selbst das Geld dort versteckt und den Brief geschrieben habe, der Einbruch von ihm also fingiert worden sei. Die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben, da Sch. mehrere Mitglieder seines Vereins des Einbruchs beschuldigt hat.

Ein Wahnsinniger hat gestern vormittag gegen 11 Uhr merkwürdige Exzesse in der Pfaffenstraße begangen. Als um diese Zeit der Amtsratier F. die genannte Straße passierte, trat ein unbekannter, anständig gekleideter Mann an ihn heran und verlegte dem Amtsratier mehrere schallende Ohrfeigen. Dann warf sich der Thäter zu Boden, überschlug sich mehreremale, stand wieder auf und stürzte sich kopfüber in die Ladenscheibe der in der Pfaffenstr. 51 belegenen Schlägerei von Gustav Heilmann. In blutendem Zustande kletterte der Irnsinnige dann durch die zertrümmerte Auslage auf den Ladenstuhl, um von da aus herabstürzend das Freie wieder zu gewinnen. Drei hinzugehobene Schaulustigen gelang es nur mit großer Mühe, den Mann zu bändigen; schließlich wurde der Unbekannte, der etwa 40 Jahre alt ist, mittels Droßeln nach der Charité geschafft.

Der Einbrecher Dammis, über dessen Briefwechsel und Verstehe mit den Verstehlern wir ausführlich berichteten, ist jetzt von der Kriminalpolizei in fünfzehn Fällen des Einbruchs in diebstahl überführt worden. Diese Fälle räumt er nun auch ein, in allen

andern aber leugnet er und warte ab, was man ihm wird nachweisen können. Daß sein Einbruchsregister mit den fünfzehn Fällen nicht erschöpft ist, unterliegt keinem Zweifel. Nach den neuesten Ermittlungen hat er auch in Charlottenburg und verschiedenen Vororten mit Erfolg gearbeitet. Um ihn überführen zu können, muß die Kriminalpolizei zunächst wissen, woher alle die Sachen, die man bei dem Verbrecher beschlagnahmt, stammen. Interessenten können die Sachen im Zimmer 87 des Polizeipräsidiums beschlagen.

Feuerbericht. Während der letzten beiden Tage fanden nur vereinzelt Alarmierungen statt. Köpenickerstr. 33a und Reue Königsstraße 47 brannte die Ballenlage, Köpenickerstr. 30 in einer Seifenfabrik ein Posten Fett. Ausgeströmter Dampf verursachte einen Alarm nach Potsdamerstr. 27a. In der Christenburgerstr. 4 wurden Gardinen und Möbel durch Feuer beschädigt, während Greifswalderstr. 162 ein Preßkohlenbrand abzulösen war. Anfang am öffentlichen Melder verursachte in der Nacht zum Donnerstag ein Ausrücken nach Prenzlauerstraße 5. Leider ist der Thäter entkommen.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung beriet am Mittwoch in zweiter Lesung die Magistratsvorlage betr. Uebernahme der Straßenbau-Polizei in städtische Verwaltung. Für die Vorlage trat neben dem Stadtsyndikus Schulze auch Stadtverordn. Vaale (Soc.) ein, der darin einen Fortschritt auf dem Wege zur Stärkung der Selbstverwaltung zu erblicken erklärte und den Widerstand der Hausagrarier gegen diese Maßnahme mit seiner Ironie kritisierte. Das Resultat war die Annahme der Vorlage. Einem Ansuchen überwiegen wurde der Magistratsantrag betreffend Aufnahme einer neuen Anleihe von 82 Millionen. Die Vorlage betreffend Nachbewilligung von Mitteln für eine bessere Ausgestaltung der Sitzungssäle des Magistrats und der Stadtverordneten im neuen Rathaus gelangte zur Annahme, ebenso der Antrag des Magistrats betreffend Bewilligung von 5000 M. aus Anleihemitteln für Versuchszwecke in der Müllbeseitigungsfrage, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Veruche möglichst beschleunigt werden und spätestens bis Ende Dezember d. J. darüber berichtet wird. Dagegen wurde die Vorlage betr. künstlerische Ausgestaltung der Charlottenburger Brücke einem Ausschuss von 9 Mitgliedern zur Vorbereitung überwiesen. Am 6. November fällt die Sitzung mit Rücksicht auf die auf diesen Tag anberaumten Stadtverordnetensitzungen aus.

Eine Havelinsel kommt am 12. Dezember vor dem Amtsgericht in Spandau zur Zwangsversteigerung. Es ist der Windwerder in der Nähe des Kaiser Wilhelmturns, auf welcher der kürzlich verstorbene ehemalige Hofschauspieler Blende sein letztes, mißlungenes Unternehmen, eine Gastwirtschaft, im vorigen Jahre eröffnete. Das kleine Eiland ist Eigentum eines in Berlin wohnhaften Tiefbau-Unternehmers; es ist ca. fünf Morgen groß und weist auch einige Baulichkeiten auf. Die Gastwirtschaft ist inzwischen wieder eingegangen.

Groß-Lichterfelde, Kirchenbau und sein Ende. Die erinnerlich, hat die Gemeindevertretung 14 000 M. bewilligt zur Verbreiterung des Friedhofes unter dem Vorbehalt, daß dort eine Kirche vor dem Jahre 1910 nicht erbaut werden und nach diesem Zeitpunkt auch erst dann, wenn von der Gemeinde ein unabweisbares Bedürfnis anerkannt würde.

Dieser Beschluß hat dem hohen Konsistorium nicht behagt und in einem Anschreiben an die Gemeinde wird verlangt, daß der Kirchengemeinde jetzt schon ein bestimmter Teil des Platzes abzugeben sei. Die Gemeindevertretung beschloß, diesem Verlangen nachzukommen und denjenigen Teil zu übergeben, der nach Ansicht der kirchlichen Körperschaft später als Bauplatz für die dritte Kirche erforderlich ist. Die Frommen sind nun Herren der Situation.

Der May wird mit einer Kirche verziert werden, ganz gleichgültig, ob die Gemeinde das Bedürfnis als vorliegend anerkennt oder nicht.

Und ist die Entwicklung in einem andern Ortsteile eine raschere, dann wird auch dort eine gebaut werden müssen, falls bis dahin die Gemeinde-Vertretung noch aus denselben Elementen besteht wie heute — was wir nicht hoffen wollen. Auch wurden 400 M. für Anlegung eines Gartens für das Parkhaus in der Dahlenstraße einstimmig bewilligt, obwohl die Gemeinde hierzu keine Verpflichtung hat.

Für kulturelle Aufgaben hat Lichterfelde bekanntlich sehr wenig Geld.

Ein Aufstoß der dortigen Arbeiter, während der Wintermonate morgans wenigstens eine Anzahl Nachmittagsstunden drehen zu lassen, wurde abgelehnt, weil hierzu keine Mittel vorhanden sind.

Schadhafte Stellen der von der Gemeinde zu unterhaltenden Bürgersteige werden durch zusammengekrachten Straßenschnitz ausgebessert.

Es wäre Aufgabe der Gesundheitskommission, diesen Zustand, der aller Hygiene Göhn spricht, ein für alle mal ein Ende zu machen. Von den 800 000 M., die für Kirchenbauten ausgegeben werden sollen, lassen sich vielleicht einige Mark erübrigen für die Anschaffung elischer Fuhrer Sönd, der dem der Straße entnommenen Surrogat aus sanitären und ästhetischen Gründen wohl vorzuziehen ist.

Aus Hixdorf schreibt man uns: Das Kokittum Abt auf unsre Schuljugend eine recht bedenkliche Wirkung aus. In der Straße 6, zwischen den Köpenicker Wiesen, ist es bei Übung des Kriegssports zu hohen Ausdrehungen gekommen. Die Waffen, bestehend aus Wollschlingen, Patten etc., werden in den Wundenlöchern gestochen und auch von den Schulbelleidungen der Straßensäume abgerissen. An den Zusammenrottungen beteiligen sich außer schulpflichtigen Knaben auch hoffnungsvolle Jünglinge im Alter zwischen 15 und 18 Jahren. Im letzten Sonntag hatten sich in der Gegend nicht weniger als gegen 200 der vielerprechenden Krieger zusammengefunden. Diesmal wurden sogar Straßensperren und Wundenlöcher thätlich angegriffen und blutig geschlagen. Erst nachdem die Polizei herbeigeholt worden war, räumte die lampfen-lustige Horde den Schaulust ihrer Holdenheiten. Hoffentlich richtet die Polizei hierauf ihr Augenmerk und sorgt zukünftig mehr für Ordnung und Sicherheit auf den Straßen und an andern öffentlichen Orten, anstatt harmlosen Streifposten nachzuspüren und für die Ausweisung ausländischer Bürger zu sorgen, deren Weltanschauung ihr nicht gefält.

Lichtenberg. Das für 1 700 000 M. von der Gemeinde übernommene Wasserwerk bedarf neuer Maschinen. Im Submissionsverfahren ist der Firma Freund in Charlottenburg, die rund 100 000 M. fordert, der Zuschlag erteilt worden. Das Wasserwerk wird der Gemeinde auf etwa 2 1/2 Millionen Mark zu stehen kommen. Hoffentlich trägt die bittere Lehre, die Lichtenberg aus der Uebernahme des Werkes hat ziehen müssen, gute Früchte.

Ein Kleinbahnsthl. Auf der Windmühle, der vom Volkspark sogenannten Kleinbahn Rathenow-Sensio-Rauen, ist bei Landin eine Personenhaltestelle eröffnet worden. Die Züge halten nur nach Bedarf. Wer hier in die Bahn einsteigen will, hat dies beim Herannahen des Zuges durch Erheben eines Armes zu erkennen zu geben.

Ein großer Dachstuhlbrand entstand Donnerstagabend in einem Hause der Kaiser Friedrichstraße zu Pankow. Das Feuer griff auch auf die Wohnungen des Hauses über, und mehrere kleine Leute, die zum Teil nicht versichert sind, verloren ihre Habsgüter. Bemerkenswert ist, daß schon einmal in dieser Woche ein Dachstuhlbrand in genanntem Hause entstand, der aber bald abgeloßt werden konnte. Es liegt der Verdacht der Brandstiftung vor.

Gegen den Grafen Pückler-Al. Tschirne stand gestern vor dem ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin II wiederum ein Termin in einer Straffache wegen Verletzung zum Klaffenhah an. Auch zu diesem Termin war der Angeklagte trotz ordnungsmäßiger Vorladung nicht erschienen. Auch hier beantragte der Staatsanwalt, da es keine, als ob Graf Pückler ganz systematisch den Vorladungen der Gerichte nicht Folge leiste, die Verurteilung des Angeklagten zu dem neuen Termin. Der Gerichtshof beschloß diesem Antrage gemäß.

Als ein durchaus passendes Objekt für die Fürsorge-erziehung bezeichnete der Staatsanwalt gestern das junge Mädchen, welches sich heulend und schluchzend auf der Anklagebank der 9. Strafkammer des Landgerichts I befand. Es war die noch nicht 17jährige „Sängerin“ Minna Otto, deren Vorstrafen zeigten, daß sie trotz ihrer Jugend schon völlig verdoeben ist. Sie war wegen eines äufferst dreist und raffiniert ausgeführten Diebstahls angeklagt. Die Angeklagte tritt unter dem „Künstler“-Namen Lucie Werner in Chantans auf und benutz offenbar ihre Sangeskunst als Mittel zum Zweck, Herrenbelustigungen zu machen und ein lustiges Leben zu führen. In einem Falle, der gestern mit zur Anklage stand, aber nicht verhandelt werden konnte, weil der in Oestreich weilende Verstoßene nicht auffindbar war, hatte sie einem jungen Lebemann, dem mit ihr sympathisierte, „zum Spaß“ das Portemonnaie mit einem Inhalt von über 50 M. weggenommen und war damit verschwunden. Eines Tages machte sie bei Schultsch die Belustigung der französischen Sprachlehrerin Fel. B., welche dort zu Mittag aß. Sie war durch Zufall an denselben Tisch gekommen und beide befanden sich bald in lebhafter Unterhaltung. Die ganz in Schwarz gekleidete Angeklagte gestiel der Französin recht gut und wußte sogar deren Witzegeißel rege zu machen, denn sie erzählte ihr, daß ihre Eltern kürzlich gestorben seien und sie nun ganz allein in der weiten Welt dasteh. Auch Fel. B. wurde redselig und erzählte in gebrochenem Deutsch von ihrem Lebensgang und ihrer Familie und wie sie gezwungen sei, sich als Sprachlehrerin ihr Brot zu verdienen. Mit Freuden erfüllte sie den Wunsch der neuen Freundin, ihr Unterricht in Französischen zu erteilen und schon am nächsten Tage trat die Angeklagte in der Wohnung des Fel. B. zur ersten Lektion an. Die Lehrerin war so unvorsichtig, während der Unterrichtsstunde ein wohlgefülltes Portemonnaie vor den Augen der Freundin und Schülers in einen Toilettenkasten zu legen und diesen etwas offen stehen zu lassen. Auf dieses Portemonnaie hatte es die Angeklagte abgesehen. Ihr erster Versuch, Gelegenheit zum Diebstahl zu erlangen, mißglückte. Sie gab plötzlich vor, vom Durst gepeinigt zu sein und bat Fel. B. um ein Glas Wasser; dieser Wunsch konnte aber erfüllt werden, ohne daß Fel. B. das Zimmer zu verlassen brauchte. Nun fing es die Angeklagte anders an. Am Schlusse der Lektion fiel ihr plötzlich ein, daß es ein recht netter Scherz sein würde, wenn sie einem ihr belannten Herrn einen Brief mit französischer Adresse zustellen würde, und Fel. B. erfüllte gern ihre Bitte, die Adresse in französischer Sprache auf einen Briefumschlag zu schreiben. Während sie damit beschäftigt war, machte die Angeklagte einen lächeln Griff in den Toilettenkasten und erbeutete das Portemonnaie. In aller Freundlichkeit verließen dann beide junge Mädchen das Haus, machten einen Spaziergang mit einander und verabchiedeten sich bis zur nächsten Lektion. In einer solchen kam es jedoch nicht mehr. Als Fel. B. nach Hause kam, erbeutete sie zu ihrem Entsetzen, daß das Portemonnaie mit 70 M. Inhalt verschwunden war. Sie schickte sofort die Polizei in Kenntnis und die Ermittlung der Diebin wurde mit allen Kräften aufgenommen. Der Zufall wollte es, daß die Diebstahls die Diebin am nächsten Tage in einem Wägenhändler Lokale antraf. Bei ihrer Festnahme wurden noch 45 M. des gestohlenen Geldes bei ihr vorgefunden. Sie nannte sich Lucie Werner und hat es bewirkt, daß sie unter diesem Namen in das Gefängnis eingetragene wurde. — Der Gerichtshof verurteilte sie zu 6 Monaten Gefängnis und wegen der falschen Namensnennung zu 14 Tagen Haft.

Vermisches.

Ein falsches Gerücht, daß ein Angestellter der Oberamts-Sparkasse in Heilbronn nach Verübung bedeutender Unterschlagungen das Weite gesucht habe, giebt, wie aus Frankfurt (Main) gemeldet wird, seit Mittwochabend Anlaß zu einem Aufsehen auf die Straße, die sich bis jetzt den Anforderungen vollstättig getrieben gezeigt hat. Namentlich sind viele Landbewohner herbeigeeilt, um ihre Einlagen zu erheben. Die Ortsvorsteher haben gestern in ihren Gemeinderat herübergehende Beschlüsse erlassen, so daß bald wieder Veruhigung eintreten dürfte. Der Verbreiter des falschen Gerüchts wird eifrig gesucht. Die Kasse ist in bester Ordnung.

Ein Revolverattentat wird aus Konitz gemeldet. Ein Gutsinspektor Namens Wunderlich schloß gestern Abend auf die Kamille des Gutbesizers und Stadtrats Heise in Konitz. Heise, seine Tochter und Frau wurden verletzt. Die Frau schwer. Der Verwundete war flach, da Wunderlich von Heise entlassen und des Diebstahl bezichtigt wurde. Wunderlich wurde verhaftet.

Zwei Bergarbeiter getödet. Aus Bochum meldet man vom Donnerstag: Heute nachmittag wurden auf der Zeche „Präsident“ zwei Arbeiter durch hereinbrechende Gesteinmassen getödet.

Bemerkenswerte Untersuchungen hat ein Breslauer Zahnarzt, Professor Brud, an einer größeren Anzahl von Soldaten kürzlich angestellt. Von 3000 Mann hatten nur 168 ein taubeloses Gehör, während 2834 zwar gesunde Zähne, aber doch verschiedene Mängel zwischen den Zähnen aufwiesen. Die übrigen 2816 Soldaten hatten sämtlich schlechte Zähne und zwar fand Brud in einzelnen durchschnittlich neun schlechte Zähne. Bei der außerordentlichen Verbreitung der Zahnverdoeben überhaupt wird diese Tatsache kaum Wunder nehmen können; immerhin ist sie nach Bundes Darstellungen Grund genug, der Hauptfleiß im Heere mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken. Professor Brud stellt auf Grund seiner Untersuchungs-Ergebnisse die Forderung auf, die Militärärzte bis zu einem gewissen Grade in der Zahnheilkunde auszubilden, im übrigen aber die einjährig-freiwilligen Zahnärzte und Civilärzte zur erhaltenden Zahnbehandlung heranzuziehen. Auch bei der Ausbildung der Medizen müßte der theoretische Unterricht auf die Wichtigkeit einer vernunftgemäßen Zahn- und Mundpflege hinweisen. Unfres Erachtens sollte bereits die Schule als ihre Pflicht erachten, den Jähnen der Kinder die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen.

Schiffuntergang. Das bei den Forder-Inseln stationierte englische Karakendoot „Bellona“ meldet, daß das Fischereifahrzeug „St. Bernard“ aus Hull am 20. d. M. an einer der Inseln gescheitert ist. Man besürchte, daß die ganze Besatzung ums Leben gekommen sei; sieben Leichen seien geborgen.

Briefkasten der Redaktion.

J. S. 12. Wenden Sie sich an das auswärtige Amt. — Julius B. 1. Die Höhe der Reichswohlthätigen hängt von der Höhe des beizutreibenden Objekts ab. 2. Ja. — R. 78. 1. Jedem steht die Hälfte zu. 2. Falls Sie von Himmels, daß fortan pünktliche Pensionszahlung verlangt wird, nicht pünktlich zahlen, lebt das vertragsmäßige Erntungsrecht Ihrer Waise wieder auf. — Gertrude. Ihre Rechte ist berechtigt auf Entbindung- und Schwöcherlohn, das wird durch seinen Vornamen auf Alimentation zu liegen. Nur der eine Grund, daß Ihre Rechte innerhalb der Empfängerzeit auch mit andern Männern verkehrt hat, ist zulässig. Ob der Schwöcher verheiratet oder ledig war, ist gleichgültig, ebenso ob er Weisende gegeben hat usw. Beispiele für Alimentationen finden Sie Seite 218, 219, 222 Nr. 9, 10, 14 des dem „Hilfsdienst“ beigegebenen Hefens. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — K. K. Sie haben recht.